98-84451 - 2

Schmidt, F.

Grundlagen der volkswirtschaft

Leipzig

1921

98-84451-2
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

330
Sch53

Schmidt, F
... Grundlagen der volkswirtschaft; ein buch über die wirtschaftskräfte und ihr gleichgewicht. Leipzig, Dürr, 1921.
93 p. 19 cm. (Zellenbücherei. nr. 24)

At head of title: Dr. F. Schmidt.

373930



RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

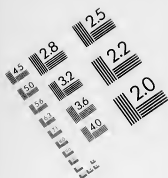
TECHNICAL MICROFORM DATA

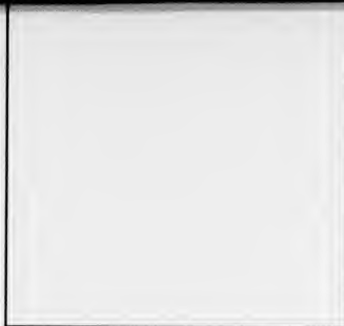
FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 9 :1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

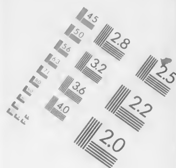
DATE FILMED: 11/17/98 INITIALS: LL

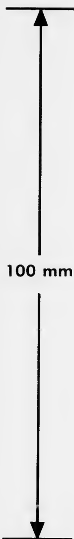
TRACKING #: 33343

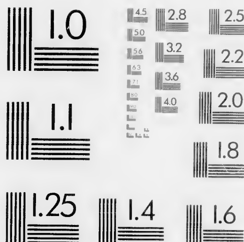
FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.











ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

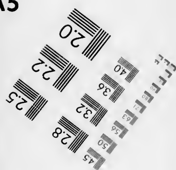
ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

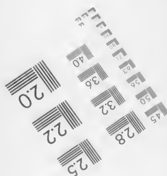
1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

A5





F. SCHMIDT

Grundlagen der Volkswirtschaft

ZELLENBÜCHEREI

330
Sch 53

330 Sch53

Columbia University
in the City of New York

LIBRARY



This book is due two weeks from the last date stamped below, and if not returned at or before that time a fine of five cents a day will be incurred.

OCT 13 1930



Nummer 24 der

Zellenbücherei

Copyright 1921 by
Dürr & Weber m. b. H.
Leipzig

6.—13 Tausend

Dr. F. Schmidt

Grundlagen der Volkswirtschaft

Ein Buch über die
Wirtschaftskräfte und ihr Gleichgewicht



1921
Dürr & Weber m. b. H. * Leipzig

330
Sch53

I. Einleitung

Die Zelle der Volkswirtschaft ist die Einzelwirtschaft. Aus der Zusammenarbeit der vielen Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen und anderer Unternehmungen einerseits, der Haushaltungen des Einzelnen andererseits, ergibt sich die freie, planlose, allein durch Wirtschaftsgesetze geregelte Volkswirtschaft. Die Aufgabe des Staates in der Volkswirtschaft ist es, das Zusammenarbeiten der vielen Einzelwirtschaften zu überwachen und wenn nötig, zu regeln. Das aber kann in ganz verschiedener Weise geschehen. In der *freien Wirtschaft* hat der Staat nur die Aufgabe, den Verkehr zu erleichtern, Gebräuche, die sich allgemein eingebürgert haben, zum Gesetz zu erheben und Abweichungen davon zu bestrafen. Wirtschaftlich wird der Staat nur eingreifen, wenn Aufgaben zu erfüllen sind, für die die Kraft der Einzelwirtschaften nicht ausreicht, im übrigen aber läßt er ihnen freie Hand.

Nicht immer ist indessen der Staat so zurückhaltend gewesen. Vielfach hat er zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen eingreifen müssen, um den Gesamtkörper gesund zu erhalten, und die allerneueste Zeit zeigt gar das Bestreben, die Freiheit der Einzelwirtschaft teilweise oder vollkommen aufzuheben; entweder nach den Lehren des Sozialismus alle warenerzeugenden Unternehmungen, oder nach denen des Kommunismus, alle Wirtschaften, auch die privaten Haushaltungen, zu verstaatlichen, mindestens bis ins Einzelne zu regeln.

Bei der Kraft, mit der diese Gedanken im Volke Verbreitung finden, wird kein Staatsbürger umhin können, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Dazu genügt es aber keineswegs, allein ihren Inhalt kennen zu lernen. Vielmehr ist das Wichtigste, vorher die Kräfte der freien Wirtschaft in ihrem Wirken zu betrachten, denn Sozialismus und Kommunismus bestehen nur, weil viele Staatsbürger der Meinung sind, die freie oder die in mäßigen Grenzen staatlich geregelte Wirtschaft weise so viele Nachteile auf, daß sie unter allen Umständen durch staatlichen Eingriff beseitigt werden müßten. Will man zur Klarheit gelangen, so muß man sich schon der Mühe unterziehen, die verschiedenen Möglichkeiten der Wirtschaftsführung genau zu untersuchen. Die Hauptaufgabe wird dabei darin bestehen, die Kräfte kennen zu lernen, welche in der freien Wirtschaft zur Auswirkung gelangen, wie ja auch der Arzt in seinem Studium zuerst die einzelnen Teile des menschlichen Körpers und *ihre natürlichen Aufgaben* kennen lernen muß, ehe er sich der Untersuchung von Krankheitsfällen und ihrer Heilung hingibt. Hat er seine vorbereitenden Studien ernsthaft genug betrieben, dann wird er auch die Grenzen seiner Heiltätigkeit richtig erkennen, wird sich nicht der eitlen Hoffnung hingeben, einen natürlich gealterten Körper durch Ersatz abgenutzter lebenswichtiger Teile zu verjüngen, etwa auf dem Wege der Chemie das Werk der Natur zu ersetzen oder gar zu verbessern.

Wenn jetzt Triebkraft und Räderwerk der freien Wirtschaft untersucht werden sollen, so wird das Urteil über ihre Nützlichkeit im Vergleich zu der staatlich teilweise oder vollkommen geregelten Wirtschaft erst zu fällen sein, nachdem

auch letztere betrachtet wurde. Die freie Wirtschaft zuerst zu behandeln, ist nötig, denn ihre Kräfte wirken dauernd, auch der Staat vermag nicht sie zu beseitigen, er kann sie regeln, aber seine Kraft versagt gegenüber den Urtrieben der Natur, wenn er sie völlig unterdrücken will.

Um den Einblick in das Wirtschaftsleben zu erleichtern, ist es gut, aus dem großen Räderwerk alle Nebengetriebe auszuschalten, die uns die Übersicht erschweren können. So beschränken wir unsere Betrachtungen auf eine Volkswirtschaft der Jetztzeit, die keinerlei Beziehungen zum Auslande unterhält, in der auch Kredit und Spekulation nicht vorkommen.

II. Die treibende Kraft in der freien Wirtschaft

Jede Fabrik, jede Mühle, jedes Dampfschiff oder Flugzeug bedarf zum Betriebe einer treibenden Kraft. Bald ist dies das natürliche auf Räder oder Turbinen wirkende Gefälle des Wassers, bald die Spannung des im Kessel zusammengepreßten Dampfes, bald die aus den beiden ersteren gewonnene Elektrizität, immer aber können die Drehbänke, Walzen, Aufzüge, Schiffsschrauben und anderes Triebwerk erst arbeiten, wenn solche Kraft auf sie einwirkt. Welche Kraft treibt nun die freie Wirtschaft? Es ist *der Egoismus der einzelnen Menschen*. Zwar gilt diese Kraft nicht als solche, die den Kulturmenschen allein ausfüllen sollte und es gibt viele, die sie möglichst schnell und gründlich durch eine andere moralisch höherstehende ersetzt sehen möchten. Indessen haben wir hier festzustellen was ist, und Egoismus ist auch heute noch die Triebkraft, allenfalls gemildert durch die Notwendigkeit friedlichen Zusammenlebens mit vielen

Wirtschaftsgenossen, durch den Einfluß der Erziehung, der Familie und durch die Einsicht, daß Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse und Wünsche der Mitmenschen auch den eigenen Zielen nützlich sein kann. Volle Befriedigung der egoistischen Forderungen des Menschen kann auch seinen Egoismus mildern, ja zeitweise verschwinden lassen. Immer aber wird er neu aufleben, wenn neue Bedürfnisse nach Befriedigung verlangen.

Egoismus ist es, wenn der Kaufmann mit aller Anspannung seiner Denkkraft danach strebt, den höchsten Nutzen beim Verkauf seiner Waren zu erzielen, wenn der Fabrikant sein Hirn zermartert, um durch vollkommenere Organisation seiner Unternehmung größeren Gewinn zu erzielen als sein Konkurrent, indem er seine Waren billiger herstellt als dieser. Egoistisch handelt der Beamte und Arbeiter, wenn er höhere Entlohnung erstrebt, und auch die Hausfrau, deren Ziel es ist, mit dem gegebenen Wirtschaftsgelde eine möglichst gute Versorgung ihres Familientisches zu erzielen. Fraglich bleibt nur, wie diese elementare Kraft, wurzelnd im Selbsterhaltungstrieb der Menschen und in so vielfachen Formen in Erscheinung tretend, letzten Endes doch in gleicher und gerader Richtung auf Antriebswelle und Haupttriebrad der Volkswirtschaft, den Markt, einwirkt.

III. Das Haupttriebrad der Volkswirtschaft, der Markt

Die Marktbildung[1])

Der Markt ist das Haupttriebrad der freien Wirtschaft. Auf dieses wirken alle die selbstsüchtigen Triebe des einzelnen und treiben dadurch die vielen angekoppelten Räderwerke in bestimmter Richtung und wenig veränderlicher Geschwindigkeit.

[1]) Hierzu verdanke ich den noch unveröffentlichten Vorlesungen meines Kollegen A. Voigt viele Anregungen.

Grundlage des Marktes ist das Streben der Menschen nach möglichst vollkommener Befriedigung ihrer Bedürfnisse, die ihnen in so reicher Zahl Mutter Natur einpflanzte. Erreichbar ist das Ziel nur, wenn sich jeder Hersteller von Waren von dem Grundsatze leiten läßt, jede wirtschaftliche Arbeit mit dem denkbar geringsten Aufwand an Kraft, Zeit und Geld durchzuführen. Anreiz dazu ist der so erzielte höchste Nutzen. Ein Arbeiter, der klug überlegend bei seiner Akkordarbeit jeden unnötigen Handgriff vermeidet, wird den höchsten Lohn erzielen. Der Fabrikant, dessen Maschinen die wenigste Kraft und Bedienung in Anspruch nehmen, das Rohmaterial am besten ausnutzen, wird den höchsten Gewinn erreichen. Eine Hausfrau, die mit der größten Sorgfalt einkauft, es am besten versteht, die Rohstoffe mit geringem Verlust in zusagende Nahrung zu verwandeln, wird eigene und der Angehörigen Nahrungsbedürfnisse am vollkommensten befriedigen.

Der Markt ist nun die Stelle, wo die Einzelwirtschaften miteinander zusammentreffen, wo sie ihre Erzeugnisse gegeneinander austauschen, wo in der modernen Geldwirtschaft die Käufer ihre Bedürfnisse gegen möglichst wenig Geld zu befriedigen suchen, die Verkäufer nach dem höchsten Preise, d. h. dem höchsten Nutzen streben und doch beide Parteien trotz so gegensätzlichen Strebens befriedigt sind. Will man den Markt und seine regelnde, ausgleichende Wirkung in der Wirtschaft voll erkennen, so muß man seine beiden Seiten, die Nachfrage und das Angebot, bis auf ihre Grundlagen zurückverfolgen, muß fragen, wodurch werden sie bestimmt, warum bieten die Käufer gerade diesen und nicht einen anderen

Preis, warum verlangt der Verkäufer einen anderen? Was wir also untersuchen müssen, sind die Gesetze der Gütererzeugung und des Güterverbrauches. Ehe wir jedoch dazu schreiten, haben wir uns noch zu überlegen, was denn der Markt selbst ist.

Nicht ein Markt vereinigt für das ganze Land Angebot und Nachfrage in sämtlichen Gütern, sondern jeder Ort, jede Ware hat eine ganze Reihe von Einzelmärkten aufzuweisen. Denken wir an die Lebensmittelversorgung, so bemerkt man in der Großstadt die große Markthalle, wo die Mehrzahl der wenig haltbaren Lebensmittel, Gemüse, Obst, Fische, Fleisch u. a., zum Teil von den Erzeugern, zum Teil von Zwischenhändlern an das Publikum verkauft werden. Doch selbst diese Marktzentrale besteht aus vielen Einzelmärkten. Jede Gemüsehändlerin mit ihrer Kundschaft ist ein kleiner Markt für sich und doch werden alle Gemüseverkäufer und Käufer zu einem Gesamtmarkt verschmolzen. Die Käufer werden an der gewohnten Stelle nur einkaufen, wenn sie erkennen, daß ihnen dort die Waren bei gleicher Güte nicht mehr kosten als am Nachbarstande. Durch solchen Vergleich der Einzelmärkte sind wieder die Verkäufer gezwungen, in ihrer Preisstellung aufeinander Rücksicht zu nehmen. Geschieht das aber, so können die Abweichungen der Preise an den einzelnen Verkaufsständen nur gering sein und das bedeutet nichts anderes als die Verschmelzung der vielen Käufer und Verkäufer zu einem großen Markt. In diesem großen Markte gehen dann auch die in den Städten verteilten Gemüseläden auf. Auch sie dürfen sich, wollen sie nicht ihre Käufer verlieren, nicht allzu weit von den Preisen des zentralen Marktes und der Konkurrenten entfernen. Schließlich besteht dann

auch ein Zusammenhang zwischen allen Einzelverkaufsstellen des ganzen Landes, ja der ganzen Welt, der nur durch die Kosten des Warentransports behindert, die Waren über den Handel jeweils dem Markte zuführt, in dem sie die höchsten Preise erzielen und die Käufer dorthin lenkt, wo sie am billigsten einkaufen.

Was für die schnell verderblichen Lebensmittel gilt, beherrscht noch tiefgreifender den Markt der haltbaren Güter. Die meisten Maschinenarten können in einer Reihe von Fabriken hergestellt werden, die auf den ganzen Erdball verstreut, doch gegenseitig Rücksicht auf ihre Preise nehmen müssen, weil sonst die Käufer abwandern. Es ist also vollkommen berechtigt, wenn man bei diesen Untersuchungen alle Stätten, an denen eine bestimmte Güterart gehandelt wird, zu einem großen einheitlichen Markte zusammenfaßt, nachdem die Gesetze, welche den Einzelmarkt beherrschen, richtig erkannt sind. Ja, es wird später zur Untersuchung der Veränderungen, welche in der Kaufkraft des Geldes vor sich gehen, nötig sein, alle diese Gesamtmärkte der einzelnen Waren zu einem großen Zentralmarkte zusammenzufassen, in dem die Kaufseite alle Nachfrage, die überhaupt auf Waren gerichtet ist, und die Verkaufseite alle Angebote in jeder Art von Waren enthält. Die erste Seite bedeutet dann die Gesamtsumme der für Warenkäufe verfügbaren Einkommen und die zweite den Gesamtertrag der Warenerzeugung.

In der modernen Volkswirtschaft herrscht der Markt, in dem Geld gegen Ware getauscht wird. Nur so kann ein Preis zustande kommen. Anders ist es im reinen Tauschmarkte, in dem man Ware gegen Ware tauscht. In früheren Jahrhunderten wog dieser Tauschverkehr sehr

erheblich vor. Der Landmann tauschte seine Erzeugnisse gegen die der Handwerker in der nächstgelegenen Stadt. Heute hat solcher Tausch nur noch geringe Bedeutung, wenn ihn auch die entbehrungsreiche Kriegs- und Übergangszeit manchmal neu belebte. Begnügen wir uns mit der Feststellung, daß die getauschten Waren den in Geld ausgedrückten Preis direkt nicht beeinflussen und verzichten wir auf ihre weitere Berücksichtigung. Unberücksichtigt können auch die Waren bleiben, welche ihr Erzeuger, insbesondere der Landwirt, im eigenen Haushalt verbraucht, denn auch diese erscheinen in keinem Markte, der Geld und Ware einander gegenüberstellt, wohl aber kann die Preisgestaltung einen erheblichen Einfluß auf die für den Haushalt zurückgehaltene Menge ausüben. Hohe Preise locken dem Selbstverbrauch entzogene Güter heran, niedrige stoßen sie ab.

Die Nachfrage

Betrachten wir nunmehr die Nachfrageseite des Marktes, fragen wir, warum und woher kommt die Nachfrage, was bestimmt ihre Höhe? Grundlage der Nachfrage im Markte sind die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Menschen. Ihre Befriedigung ist begrenzt durch das jeweilige Einkommen. Man kann Naturbedürfnisse und Kulturbedürfnisse unterscheiden. Erstere sind uns von der Natur eingepflanzt; wir alle bedürfen dauernd und fortlaufend der Nahrung, Kleidung und Wohnung, wenn auch Alter, Klima und manche andere Umstände auf Art, Umfang und Dringlichkeit dieser Bedürfnisse einwirken. Ausgesprochene Kulturbedürfnisse sind die Pflege der Musik, der Kunst, der Besuch von Theatern,

Schulen, Vorträgen u. a. Der menschliche Körper ist von der Befriedigung eines gewissen Mindestquantums der Naturbedürfnisse abhängig. Entzieht man ihm die Nahrung, so wird die Dringlichkeit dieses Bedürfnisses in schnellem Maße wachsen. Während es nach vollendeter reichlicher Mahlzeit vollkommen befriedigt ist, steigt es bald mit dem Fortschreiten der Verdauung sehr erheblich an. Der hungrige Mensch wird sich pünktlich zur nächsten Mahlzeit einstellen, sie schwerlich versäumen und gern den Normalpreis dafür zahlen. Fügt es sich aber, daß die gewohnte Ordnung gestört ist, daß etwa dem Wanderer im Urwalde der Vorrat ausgeht, so muß das Bedürfnis nach Nahrung die schärfsten Formen annehmen. Einen oder einige Tage mag sich ein sonst gesunder Körper ohne neue Nahrungszufuhr dahinschleppen. Mit jeder Stunde jedoch steigt das Bedürfnis, das schließlich den Hungernden zu jedem Opfer bereit macht, wenn ihm nur die sein Leben sichernden Lebensmittel geboten werden. Freilich ein Ende auch des dringendsten Bedürfnisses liegt da, wo der Mangel an Befriedigung den Körper tötet. Die Dringlichkeit eines Bedürfnisses, insbesondere der Naturbedürfnisse, wächst also mit ihrer Nichtbefriedigung, und der Mensch kann dadurch schließlich zu den schwersten Opfern getrieben werden, d. h. markttechnisch ausgedrückt, er wird bereit sein, jeden Preis, den er überhaupt aufzubringen vermag, zu zahlen, wenn nur sein Hunger oder Durst gestillt wird. Die endgültige Grenze des Verbrauchs liegt jedenfalls da, wo ein vorhandenes Bedürfnis voll befriedigt ist. Wenn also der Weintrinker schon so viel zu sich nahm, daß er keinerlei Bedürfnis nach weiterem spürt, so wird er auch ein weiteres Glas gleich Null schätzen, d. h. sein Bedürfnis ist vollkommen

gesättigt. Die Sättigungsgrenze der Bedürfnisse ist also die erste Schranke der Nachfrage im Markte.

Die zweite Begrenzung der Nachfrage liegt da, wo die Dringlichkeit des Bedürfnisses, die Schätzung des erzielbaren Nutzens in Geld geringer wird als der Preis. Er möge zum Beispiel 3 Mark betragen, so wird der Trinker, bei Nutzenschätzung des ersten Glases auf 1000, der folgenden auf 200, 5, 2 und 1 Mark, höchstens drei Glas zu sich nehmen, denn das vierte schätzt er infolge vorgeschrittener Sättigung nur noch auf 2 Mark ein und wird also nicht bereit sein, 3 dafür zu zahlen. Diese Grenze der Nachfrage würde verschoben werden, wenn dem Trinkenden ein anderes Einkommen, höher oder niedriger, zur Verfügung stände. Bei höherem Einkommen wird auch die Schätzung der Güter in Geld steigen, bei niedrigerem sinken. Selbst bei gleichem Einkommen wird die Wertschätzung der einzelnen Güter und Dienste ganz nach Veranlagung des Verbrauchers verschieden sein. Am gleichmäßigsten ist sie hinsichtlich derjenigen, welche den einfachen Naturbedürfnissen dienen, weil letztere bei allen Menschen auftreten. Wie verschieden aber von den unmusikalischen Menschen wird der Musikbegeisterte ein gutes Konzert einschätzen. Die Natur hat dem Menschen das Streben nach immer neuen Genüssen, neuen Vorteilen eingepflanzt. Der einfache Mensch, dem plötzlich ein Vermögen in den Schoß fällt, pflegt sich zumeist recht schnell dem neuen Einkommensstande anzupassen. Er, der jetzt die leiblichen Bedürfnisse auf dem bisherigen Stande seiner Lebensführung voll befriedigen könnte, entwickelt neue, erweitert die alten, strebt nach besserer Kleidung, Nahrung, Wohnung und gewöhnt sich sehr bald an die Lebensführung der neuen Gesellschaftsklasse, in die

er hineinkam, um damit auch gleich dieser seine Bedürfnisse, sein Genußstreben über das verfügbare Einkommen hinaus wachsen zu sehen. Man sollte meinen, daß es Einkommen gäbe, die volle Befriedigung aller Bedürfnisse gestatten, doch ist das in der Regel auch beim Milliardär nicht der Fall. Zwar wird es dem leicht fallen, alle leiblichen und die meisten der Kulturbedürfnisse bis zur Sättigung zu befriedigen und doch wird in der Regel das nach wirtschaftlicher Macht und nach Vorsorge für die Zukunft nie voll erfüllt. Beide finden ihre Befriedigung in der Anhäufung von Vermögen und dafür gibt es im Grunde keine Grenze, ehe nicht alles Vermögen in einer Hand ist. Es mag einzelne Menschen mit reichlichem Einkommen und philosophischer Veranlagung geben, deren durch Überlegung begrenzte Bedürfnisse voll befriedigt werden; für alle übrigen, also die große Masse, ist jedenfalls der Drang nach Bedürfnisbefriedigung der ewige Anreiz zur Erhöhung der Einkommen, ein Ziel, das in der Regel nur durch erhöhte Arbeitsleistung erreicht werden kann. Die Klassenbildung unter den Menschen sorgt dafür, daß jeder nach den Genüssen der höheren Klasse strebt, um bei erreichtem Ziele sogleich ein weiteres ins Auge zu fassen.

Wenn also in der heutigen Wirtschaft regelmäßig die Einkommen nicht ausreichen, um alle Bedürfnisse zu sättigen, so ist nunmehr zu fragen, wie bildet sich dann die Schätzung der einzelnen Güter und in welcher Reihenfolge wird man die Bedürfnisse zu befriedigen suchen? Jeder wirtschaftlich denkende Mensch wird in der freien Wirtschaft gezwungen, zu überlegen, wie er aus einem gegebenen Einkommen den denkbar höchsten Genuß und Nutzen, die denkbar größte Befriedigung seiner Bedürfnisse erzielen kann. Diese Freiheit

erst erlaubt ihm die Entwicklung seiner Persönlichkeit. Es mag ihm noch erträglich sein, wenn im kommunistischen Staat jedem das gleiche Quantum Fleisch, Kartoffeln, Brot, Zucker und andere Nahrungsmittel zugeteilt wird, obgleich der Vegetarier sicher das Fleisch gern entbehren würde und der Zuckerkranke auf den Zucker keinen Wert legt, so wird die gleiche, angeblich einzig gerechte Verteilung aller verfügbaren Güter an sämtliche Volksgenossen zu einem wirtschaftlichen und seelischen Zwang, der solch Verfahren, das die so verschiedene Veranlagung der Menschen ganz unberücksichtigt läßt, recht bald wieder umstoßen wird.

In der freien Wirtschaft schätzt jeder wirtschaftende, Güter und Dienste verbrauchende Mensch diese nach der Dringlichkeit seiner persönlichen Bedürfnisse. Im Vordergrunde stehen immer die einfachen Naturbedürfnisse, Nahrung, Kleidung, Wohnung, wenn dies auch dem Wohlhabenden kaum noch zum Bewußtsein kommen mag, weil er sicher ist, diese Güter bis zur Sättigung zu erlangen. Er hat dann Nutzen und Preis bei anderen zu vergleichen, wo diese beiden einander näherstehen. Wenn aus einem gegebenen begrenzten Einkommen, wie es die Regel ist, eine ganze Reihe Bedürfnisse zu befriedigen sind, so erfolgt dies in der Weise, daß die dringendsten zuerst bedacht werden. Zuerst kauft man die Güter und Dienste, deren geschätzter Nutzen am weitesten über dem geforderten Preise steht, danach andere, die die nächst hohe Differenz zwischen Nutzen und Kosten lassen und so fort.

Denken wir uns drei Personengruppen mit sehr verschiedenem Einkommen. Die erste umfasse 10 000 Personen mit 3000 M, die andere 1000 mit 30 000 M, die letzte 100 mit 300000 M Jahreseinkommen. Wie werden die Angehörigen

dieser drei Gruppen über ihr Einkommen verfügen? Zwei Gesichtspunkte werden sie leiten: 1) Die Höhe ihres Einkommens und 2) die persönliche Veranlagung der verfügenden Personen. Am gleichmäßigsten sind in allen Gruppen die Naturbedürfnisse vorhanden. Ihre Befriedigung hängt deshalb in erster Linie vom Einkommen ab. Wenn in einer schlecht versorgten, belagerten Stadt nur soviel Lebensmittel vorhanden wären, um 100 Personen täglich eine Mahlzeit zu geben, so würden nur die Inhaber der 100 Höchsteinkommen etwas erhalten, denn jeder von ihnen würde den Nutzen dieser Mahlzeit auf mindestens 30000 M jährlich einschätzen, wenn nötig, wären sie gar bereit den Gesamtbetrag ihres Einkommens, 300000 M, dafür zu opfern, nur um ihr Leben zu fristen. Dazu käme es, wenn nur 90 tägliche Mahlzeiten verfügbar wären, weil dann bei dem Wettbewerb um diese, 10 Personen der ersten Gruppe ausscheiden müßten, und zwar diejenigen, welche etwa den Nutzen der Mahlzeiten nur auf 290000 M einschätzen würden. Man kann also folgern, daß die Höchstschätzung lebenswichtiger Güter im Falle größten Mangels gleichzusetzen ist der Gesamtheit des jeweils für eine Person verfügbaren Einkommens. Daraus ergibt sich dann in unserem Beispiele, daß bei einem Vorrat von 100 Mahlzeiten nur Angehörige der höchsten Einkommensklasse überhaupt etwas erhalten. Sie brauchen nur etwas mehr als das Gesamteinkommen der zweiten Klasse zu bieten, um den ganzen Vorrat für sich in Anspruch zu nehmen.

Die Angehörigen der zweiten und dritten Einkommensklasse können den Nutzen eines Gutes höchstens auf den Betrag ihres Gesamteinkommens, also 30000 oder 3000 M

einschätzen. Solange lebenswichtige Güter in weniger als 1100 Portionen vorhanden sind, erhalten die Inhaber von 3000 M Einkommen nichts davon, erst wenn der Vorrat 11100 beträgt, kann auch jedes Glied der untersten Klasse etwas erhalten. Die Nutzenschätzung der Wirtschafter würde also sehr verschieden sein und sich etwa wie folgt gestalten:

	Bei einem Höchstvorrat von	schätzt die Einkommensklasse I	II	III	Der Preis stellt sich auf höchstens
		den Nutzen auf			
a)	99	300000	30000	3000	300000
b)	100—1099	30000	30000	3000	30000
c)	1100—11099	3000	3000	3000	3000
d)	über 11100	weniger als 3000	3000	3000	unter 3000

Daraus ergibt sich folgendes: Die Inhaber der höchsten Einkommen sind in der Lage, die höchste Nutzenschätzung in Geld vorzunehmen und den höchsten Preis zu zahlen. Reicht der Vorrat an lebenswichtigen Gütern (a) nicht zu ihrer Befriedigung aus, so wird der Preis bis auf 300000 M, den Gesamtbetrag des Höchsteinkommens, steigen. Wächst der Vorrat, so brauchen auch die Angehörigen der Klasse 1 im Falle b nur den Betrag des Höchsteinkommens der Klasse 2 und bei noch größerem Vorrat (c) den des Höchsteinkommens der Klasse 3 zu zahlen. Steigt der Vorrat (d) gar über den dringendsten Bedarf aller Personen, so wird auch die Schätzung des Nutzens dieses Gutes in der 3. Einkommensklasse unter 3000 M sinken und zwar um so mehr, je reichlicher die Versorgung ist. Demnach ist die Schätzung des Nutzens in der jeweils am Markte beteiligten niedrigsten Einkommensklasse maßgebend für den höchsten

Preis. Je geringer der Vorrat ist, desto weniger Personen können befriedigt werden, und zwar nur die, deren Einkommen eine höhere Nutzenschätzung gestattet, je größer der Vorrat wird, desto mehr Personen sind in der Lage auf Grund ihrer Höchstschätzung des Nutzens zu kaufen. Wird der Vorrat der lebenswichtigsten Güter, der Nahrungsmittel, so groß, daß alle Personen mehr als das erstrebte Mindestquantum erhalten können, das ist tatsächlich die Regel, so werden auch die Personen der niedrigsten Einkommensstufe den Nutzen des Gutes nur auf einen Teil ihres Einkommens schätzen, und zwar um so niedriger, je größer der Vorrat ist. Die Nutzenschätzung für das letzte in Anspruch genommene Quantum entspricht dem höchsten Preis, den die Verbraucher zu zahlen bereit sind.

In der tatsächlichen Güterversorgung herrscht nun eine größere Fülle. Selbst die kleinsten Einkommen werden nicht ausschließlich für die dringendsten Naturbedürfnisse in Anspruch genommen und jede der zahlreichen höherstehenden Einkommensklassen kann größere Beträge für die Befriedigung von Kulturbedürfnissen frei machen. Da nun auch die Bedürfnisse sehr ausdehnungsfähig sind, so bilden sich, falls zusätzliche Waren auf den Markt kommen, auch immer neue. Im vorstehenden Beispiel würden die höchsten Einkommensklassen, schon wenn der Vorrat auf über 100 Portionen steigt, versuchen, mehr als eine Portion zu erlangen und das fiele ihnen nicht schwer, da ja die nächste Einkommensklasse höchstens 30000 zahlen könnte. Dies Streben zeigt sich überall.

Wie wird nun ein Wirtschafter verfahren, wenn es sich um die Befriedigung mehrerer Bedürfnisse nebeneinander handelt? Er wird jedes Bedürfnis nach der Dring-

lichkeit, dem Nutzen, in Teilen seines Einkommens einschätzen und dann diejenigen zuerst befriedigen, die ihm den größten Nutzen bringen. Die Regel ist, daß der Nutzen größer ist als die Preise, weil selbst in den niedrigsten Einkommensstufen die wichtigsten Nahrungsmittel ausreichend beschafft werden können. Der Nutzen ist gleich dem Preise nur bei dem letzten Quantum, das in der Regel von dem Inhaber des geringsten Einkommens aus dem Markte genommen wird. Für die Glieder der ersten Klasse im Beispiel ist der Höchstnutzen der ersten Lebensmittelportion gleich der Gesamtsumme ihres Einkommens = 300000 M, haben sie nur 3000 dafür zu zahlen, so werden sie eine zweite zu erwerben suchen, deren Nutzen jedoch viel niedriger, im Beispiel auf 30000 M geschätzt wird. Besteht jedoch ein anderes Bedürfnis, etwa das nach Kleidung, dessen Nutzen aus der Befriedigung auf 100000 M oder gleichfalls 300000 M geschätzt wird, so wird man dieses zuerst befriedigen, kurz, die Reihenfolge in der Bedürfnisbefriedigung ergibt sich aus der Höhe der Nutzendifferenz, d. h. dem Unterschied zwischen zu zahlendem Preis und dem für das Einzelquantum geschätzten Nutzen. So ist für die erste Einkommensklasse der Nutzen der ersten Portion 300000, der zweiten 30000, der dritten 3000 und die Nutzendifferenz beim Preise von 3000 für die erste Menge 297000, die zweite 27000 und die dritte Null Mark. Die zweite Portion wird nur gekauft werden, nachdem alle anderen Bedürfnisse befriedigt sind, deren Nutzendifferenz, d. h. also Einkommenersparnis größer ist als 27/30 = $\frac{9}{10}$ des geschätzten Nutzens.

Das wesentliche dieser Betrachtungen für die Erkenntnis

der Verhältnisse des Marktes liegt darin, daß sie uns erlauben, das Wesen der Nachfrage klar zu erkennen. Die Nachfrage richtet sich nach der Höhe der Einkommen und der Dringlichkeit der Bedürfnisse. In der Wirklichkeit sind die Preissprünge natürlich sehr viel kleiner als im Beispiel, denn die Einkommensstufen folgen viel enger aufeinander, und selbst innerhalb gleicher Einkommen schwanken die Nutzenschätzungen noch sehr nach den persönlichen Neigungen der Einzelperson. Will man sich also ein Bild der im Markte wirksamen höchsten Nutzenschätzungen für die zum Leben unentbehrliche Menge der Naturgüter machen, so sind diese als eine mit den Einkommensgrößen sehr schnell absteigende gekrümmte Linie zu denken.

Der in Einkommen ausdrückbare Höchstnutzen für die in einer Haushaltung unentbehrliche Menge der lebenswichtigen Güter ist gleich dem Höchsteinkommen. Da in den höchsten Einkommenstufen die Zahl der Käufer außerordentlich gering wäre, so würde auch nur ein sehr kleiner Vorrat verkäuflich sein. Je größer dieser Vorrat wird, desto tiefer muß sein Preis sinken, weil nur so aus den niedrigeren Einkommensstufen neue Abnehmer entstehen können. Tatsächlich schätzten nun aber die Inhaber hoher Einkommen den Nutzen auch der unentbehrlichen Güter unter den normalen Verhältnissen nicht auf den Betrag ihres Einkommens, so hoch kann die Schätzung erst bei höchster Knappheit steigen, sondern jeder Haushaltungsvorstand macht gewissermaßen einen Voranschlag, in dem er einen bestimmten Geldbetrag für jedes zu befriedigende Bedürfnis in einer Höhe einsetzt, die etwa dem derzeitigen Preise des Gutes entspricht. Dieser Betrag erscheint zunächst als Nach-

frage auf dem Markte, bildet also die Nachfrage in Geld ausgedrückt. Wichtig wird die Höchstgrenze der Nutzenschätzung erst dann, wenn der Vorrat geringer wird. Dann wird der Begüterte aus seinem Haushaltsplan leicht einige weniger hochgeschätzte Bedürfnisse streichen, etwa auf das Opernabonnement verzichten, das Automobil abschaffen, weniger sparen, und ist dadurch in der Lage, einen höheren Betrag für Nahrung und Kleidung aufzuwenden. Die Inhaber der niedrigsten Einkommen konnten daraus schon bisher nur die unentbehrlichen Waren kaufen. Ihr Leben wird durch weitere Entziehung derselben bedroht. Solche Wirtschaftslage wird leicht der Quell von Revolutionen, denn wenn auch in den bedrängten Klassen die Zahl der Geburten abnehmen mag, die Lebenden verlangen eine Mindestmenge an Gütern, die sie vor langsamem Absterben schützt. Jede Verschiebung der Einkommen, wie des Vorrates, verändert demnach auch die Nutzenschätzung der Kaufenden.

Das Angebot

Nachdem nunmehr untersucht worden ist, von welchen Einflüssen die Nachfrage nach Gütern abhängt, muß auch die andere Seite des Marktes, die des Angebots betrachtet werden. Unter den Waren, die zum Verkauf gestellt werden, sind zwei Arten zu unterscheiden:

1. gewerbsmäßig für den Verkauf hergestellte und
2. alle anderen Arten von Gütern.

Bei den zum Zwecke des Verkaufs hergestellten Gütern ist es leicht, die untere Grenze des Preises zu erkennen, welche ein Fabrikant, ein Landwirt beanspruchen muß, damit er in

der Lage ist, seine Gütererzeugung fortzuführen. Es handelt sich um die Selbstkosten. Erhält ein Fabrikant längere Zeit weniger für seine Waren als ihm die Herstellung selbst kostet, so wird durch den entstehenden Verlust sein Vermögen aufgezehrt und er muß dann seinen Betrieb einstellen oder so umändern, daß dieser Verlust vermieden wird. Die Selbstkosten bei der Herstellung sind nun aber nicht in allen Fabriken, die gleiche Waren erzeugen, vollkommen gleich. Vielmehr gelingt es denen, die am besten organisiert und verwaltet werden, bei gleichen Kosten mehr zu erzeugen als andere. Die neueste Maschine pflegt höhere Leistungen aufzuweisen, sorgsam ausgewählte und gutgeschulte Arbeiter leisten mehr als andere, eine hochentwickelte Arbeitsteilung gestattet schnellere und billigere Erzeugung, kurz, je mehr ein Betrieb das Ziel jeder Erwerbswirtschaft, mit geringsten Kosten möglichst viel zu erzeugen, verwirklicht, desto billiger wird ihm das einzelne Stück zu stehen kommen.

Die Kosten der Erzeugung von Waren selbst sollen hier nicht weiter verfolgt werden, das geschieht, wenn über ihre Bestandteile, den Arbeitslohn, die Kapitalzinsen und den Unternehmerlohn gesprochen wird. Wichtig ist nur hier die Tatsache, daß die Einzelbetriebe nicht alle die gleiche Ware zu gleichen Kosten herstellen. Wenn das aber der Fall ist, wie wird dann in der freien Wirtschaft entschieden, welche Betriebe zur Versorgung der Volksgenossen heranzuziehen sind? Nicht Wirtschaftsrat oder Wirtschaftsministerium entscheidet darüber, nachdem sie sich durch die widersprechenden Urteile von Sachverständigen hindurchgearbeitet haben, sondern der unparteiische Regler, der freie Markt. Wie geschieht das?

Bestehen kann auf die Dauer nur der Betrieb, dessen Selbstkosten unter dem Marktpreise liegen, ihn allenfalls erreichen, also müssen allmählich alle ausscheiden, liquidieren oder in Konkurs gehen, die zu höherem Preise fabrizieren. Wenn fünf Betriebe die gleiche Ware herstellen, Betrieb 1 zu 50, 2 zu 52, 3 zu 53, 4 zu 55, 5 zu 60, so muß der fünfte allmählich zugrunde gehen, wenn sich der Marktpreis dieses Gutes auf 55, 56, 57, 58 oder 59 stellt. Je größer der Verlust am Einzelstück ist, desto schneller wird es der Fall sein. Sinkt der Preis aber auf 54, so scheidet auch Betrieb 4 aus und beim Marktpreis von 51 auch Betrieb 2 und 3. Jede Verringerung in der Betriebszahl bedeutet jedoch eine Minderung der erzeugten Gütermenge, es sei denn, der am billigsten arbeitende Betrieb dehne seine Fabrikation so aus, daß er allein ebensoviel herstellt als die bisherigen fünf. Geschieht dies, so ist das der Ausfluß der freien Konkurrenz unter den Herstellern, die demnach ohne obrigkeitliche Regelung dafür sorgt, daß die Herstellungskosten der Güter so niedrig als möglich gehalten werden. Denn auch der erste Betrieb ist seines Erfolges niemals auf die Dauer sicher; versäumt er rechtzeitig Neuerungen und Verbesserungen bei sich einzuführen, die etwa der Betrieb 5 durchführt, so droht ihm jederzeit die Gefahr, von diesem verdrängt zu werden. Das ist eine Hauptquelle des wirtschaftlichen Fortschritts, die z. B. in staatlichen Betrieben, die ohne Konkurrenz arbeiten, kaum vorhanden ist. Denkt man sich die Herstellungskosten gewerblich erzeugter Güter in einer Linie ausgedrückt, so wird diese, mit dem Kostensatze der am besten arbeitenden Fabrik beginnend, allmählich ansteigen. Wieweit, das ist die entscheidende

Frage, die in freier Wirtschaft nur der freie Markt beantworten kann. Wie geschieht das?

Wir sahen bei Untersuchung der Nachfrage, daß der jeweilige Höchstpreis, den die Verbraucher zahlen, bei unentbehrlichen Gütern abhängig ist von der Stärke des Bedürfnisses, der Nutzenschätzung in Einkommen, d. h. Geldbeträgen seitens der jeweils niedrigsten Einkommensklasse. So schätzt z. B. der Inhaber eines Einkommens von 3000 M den Nutzen des oben im Beispiel behandelten Gutes auf 45, die vielen Inhaber höherer Einkommen jedoch auf 50, 52, 53, 55, 60, 70, 100, 200 usw. Würde der erste Nachfragende in der Lage sein, das Gut im Markte zu erwerben? Nein, denn die Kosten des billigsten Fabrikanten betragen 50, unter denen er auch nur ausnahmsweise, und das soll hier außer Betracht bleiben, verkaufen wird. Werden aber diejenigen, deren Einkommen und Neigung sie veranlaßt, dem fraglichen Gute einen Nutzen von 50 M beizulegen, in der Lage sein, es zu diesem Preise zu erlangen? Offenbar nur, wenn der Betrieb, welcher in der Lage ist zu 50 zu verkaufen, soviel erzeugt, daß vorher alle Nachfrage derjenigen befriedigt ist, die dem Gute einen höheren Nutzen beilegen. Reichte seine Erzeugung nur aus, um alle Nachfrage zu decken, die von denjenigen ausgeht, die den Nutzwert auf mindestens 70 schätzen, so müßte der Betrieb 2 zur Bedarfsdeckung mit herangezogen werden, der aber könnte nur zu 52 verkaufen und damit scheidet die Nachfrage zu 50 aus dem Markte, denn wenn der Marktpreis auf 52 steigt, wird ihn auch der Betrieb 1 für seine Erzeugnisse beanspruchen und erhalten, und damit allerdings einen Sondergewinn, die Belohnung für seine bessere Organisation, beziehen. Betrieb 2 möge nur

die Nachfrage bis zu 60 herunter befriedigen können, dann wird Betrieb 3 im Markte auftreten und den Preis auf 53 erhöhen. Reicht auch dessen Erzeugnis nicht aus, so wird Betrieb 4 in Anspruch genommen, und wenn dieser dann alle Nachfrager bis zu 55 herunter befriedigt, so wird der Marktpreis auf 55 verbleiben, bis sich die Verhältnisse der Nachfrage- oder Angebotsseite ändern.

Die Nachfrageseite verschiebt sich mit jeder Änderung der Einkommen. Erhöhen sie sich, so ändert sich auch die Nutzenschätzung für die Einzelgüter. Neue Einkommensinhaber schätzen den Nutzen nunmehr auf über 60 und da Betrieb 4 nicht zu ihrer Befriedigung hinreicht, muß Betrieb 5 in Anspruch genommen werden, womit der Preis auf dessen Kosten, d. h. 60, steigt. Später werden wir sehen, daß er bald noch höher werden muß, weil die Steigerung der Einkommen auch die Kosten der Erzeugung erhöht, man denke nur an die Löhne. Gegenteilig wirkt Verringerung der Einkommen, aber auch bei unveränderten Einkommen kann sich die Nutzenschätzung der Einzelgüter sehr stark verschieben, etwa wenn die Mode bisherige Erzeugnisse unbeliebt, neue dagegen begehrt macht. In Zeiten der Nahrungsmittelknappheit wird die Nutzenschätzung für Lebensmittel erheblich steigen und damit auch deren Preise erhöhen; andere Warenpreise vielleicht, wenn dort die Erzeugung nicht beschränkt wird, senken.

In jedem Markte stehen sich also zwei Größen gegenüber. Die Nachfrage wird bedingt durch die Nutzenschätzung im Rahmen des jeweiligen Einkommens und ist durch Änderung des Vorrats wie der Einkommen sehr leicht verschiebbar. Das Angebot hängt von den Selbstkosten ab. Jede Verschiebung einer der beiden ändert auch den Marktpreis und

wirkt auch auf die anderen Wirtschaftsfaktoren, wie Lohn, Zins, Unternehmergewinn, Kapitalwert, sehr stark ein. Wie, werden die weiteren Erörterungen zeigen.

Zu erörtern ist noch die Frage, warum die Hersteller nicht aus der so verschieden hohen Nutzenschätzung ihrer Erzeugnisse größeren Vorteil ziehen, warum sie, die im Beispiel Selbstkosten von 50 bis 60 aufwenden, nicht bestrebt sind, den Preis auf 200 zu setzen? Ursache der Preisbeschränkung ist die freie Konkurrenz unter den Unternehmern. Angenommen, es bestünde zunächst nur der Betrieb 1, dessen Selbstkosten 50 betragen und der gerade soviel zu liefern imstande ist, als diejenigen bedürfen, deren geringste Nutzenschätzung auf 200 lautet, so kann der Preis auf 200 festgesetzt werden. Indessen dauert das nicht lange. Einerseits vermehrt vielleicht der fragliche Betrieb seine Erzeugung, findet dann aber nur Absatz in den Kreisen, die weniger zahlen können, so daß schon dadurch der Preis sinkt. Doch vermöchte ein Monopolbetrieb durch Beschränkung der erzeugten Menge den Preis so zu gestalten, daß ihm der zufließt, welcher den höchsten erreichbaren Nutzen bietet. Gleichbleibende Selbstkosten von 50 vorausgesetzt, betrage bei einer Menge von

100	der Preis	200,	der Gewinn	15000
200	„ „	150,	„ „	20000
300	„ „	100,	„ „	15000
400	„ „	60,	„ „	4000
500	„ „	52,	„ „	1000

Dann würde der Betrieb ohne Konkurrenz die zu erzeugende Menge auf 200 beschränken und damit den höchsten Nutzen erzielen.

Anders ist die Sachlage, wenn freie Konkurrenz herrscht. Dann werden bald Betrieb 2 bis 5 gegründet werden, weil

viele Unternehmer an dem hohen Gewinn Teil haben möchten. Die vermehrte Gütererzeugung aber kann nicht zum alten hohen Preise Absatz finden, denn die Zahl der Abnehmer, die 200 zahlen können, ist beschränkt. Also muß man, sollen die vermehrten Betriebe überhaupt bestehen können, neue Käuferschichten heranziehen, indem man billiger verkauft. Dadurch sinkt der Preis schnell bis auf oder unter die Selbstkosten des am ungünstigsten arbeitenden Betriebes und mindert dadurch die Zufuhr neuen Kapitals, die Gründung weiterer Unternehmungen. So drückt also die freie Konkurrenz der Unternehmer den Preis auf die Stufe, welche bei einem gegebenen Stande der Kosten von Arbeit und Kapital die denkbar größte Zahl der Verbraucher zum günstigsten Preise versorgt.

In unseren bisherigen Erörterungen ergab sich das Angebot aus den Selbstkosten der gewerbsmäßig für den Verkauf erzeugten Güter. Ähnliches gilt auch für alle anderen Güter, die zum Verkauf kommen, so z. B. für Grund und Boden, Gebäude, gebrauchte Maschinen, Kunstgegenstände und vieles andere. Dann bedingt die Nutzenschätzung des Besitzers der Güter das Angebot. Ist diese geringer als der Marktpreis, so wird er bereit sein zu verkaufen, sonst nicht.

Was wir bis jetzt kennen lernten war der Haupt- und Zentralmarkt der freien Wirtschaft, der Markt der Verbrauchswaren. Neben und in unlösbarer Verbindung mit diesem stehen andere Märkte, die der Güter und Dienste, welche Grundlage der Gütererzeugung sind. Es sind dies der Arbeitsmarkt, der Geld- und Kapitalmarkt und der Markt des Unternehmergewinnes.

IV. Die Erzeugung der Güter und die wirtschaftlichen Grundlagen der Selbstkosten

Das Kapital

Als Kapital bezeichnet man die Gebrauchsgüter, welche der Gütererzeugung dienen und die bei Erfüllung dieser Aufgabe zum Teil verbraucht, abgenutzt werden. Die Schnelligkeit der Abnutzung ist sehr verschieden. Gewisse Güter werden sehr schnell aufgezehrt, so die Rohmaterialien, welche bei der Fabrikation Verwendung finden. Zum Teil gehen sie in das Erzeugnis über, so etwa die Baumwolle in den Stoff, Eisen und Stahl in die Maschine, oder sie werden vollkommen aufgezehrt, wie die Kohle unter dem kraftspendenden Dampfkessel. Andere Güter sind von größerer Dauer, sie nutzen sich nur allmählich ab, wie die Maschinen und Gebäude. Schließlich finden wir im Grund und Boden ein Gut, das dauernd nutzbar bleibt, wenn auch die Hinzufügung abnutzbarer Güter, wie Dünger oder die Verwendung von Maschinen bei der Bestellung, so der Dampfpflug, den Ertrag erhöht. Auch der vom Unternehmer zu zahlende Lohn ist Kapital, denn er muß gezahlt werden, ehe die Fabrikation zu Ende geführt ist. Sein Betrag geht in die Selbstkosten über, außerdem jedoch eine Vergütung für den, der das Geld für die Vorauszahlung des Lohnes zur Verfügung stellte.

Man unterscheidet in der Gütererzeugung umlaufendes und stehendes Kapital. Das erstere umfaßt alle Güter und Dienste, die in dem Erzeugnis aufgehen, das andere, die nur allmählich durch Abnutzung oder überhaupt nicht verschwindenden zur Erzeugung unentbehrlichen Güter. Der Kostenwert des umlaufenden Kapitals, Rohmaterialien, Hilfs-

stoffe, muß voll in den Selbstkostenpreis übergehen, vom Anlagekapital dagegen nur die Abnutzungsquote. In beiden Fällen beansprucht jedoch der Besitzer des Kapitals außerdem eine Vergütung dafür, daß er Teile seines Einkommens für die Gütererzeugung zur Verfügung stellt. Das ist die Kapitalrente, der Zins.

Kapitalrente, Zins und Kapitalwert

Zins oder Kapitalrente ist die Vergütung, welche demjenigen gezahlt wird, der Teile seines Einkommens, anstatt sie dem Güterverbrauch zu widmen, für die Gütererzeugung zur Verfügung stellt. Das ist nicht ohne weiteres das gleiche wie das Sparen, denn sparen kann man auch, indem man Geld, Edelmetall, Schmuck, Diamanten und andere dauerhafte Güter anhäuft. Solche Güter sind dann wohl Teile des Volksvermögens, nicht aber des gütererzeugenden Kapitals. Auch der Nutzungswert des Kapitals wird in einem freien Markte festgestellt. Als Nachfragende treten dort alle Produzenten auf, die in ihren Betrieben neues Kapital verwerten können. Jeder Fabrikant wird den Nutzen des neuen Kapitals verschieden schätzen. Am höchsten der, dessen Betrieb die geringsten Selbstkosten aufweist, also den höchsten Unternehmergewinn erzielt. Je mehr sich die Selbstkosten dem Marktpreis nähern, desto geringer wird der Nutzen neuen Kapitals für den betreffenden Betrieb. Die Nutzenschätzung des mit den höchsten Selbstkosten arbeitenden, aber noch zur Erzeugung nötigen Betriebes wird übereinstimmen mit dem Preis der Kapitalnutzung, dem gezahlten Zins.

Das Kapitalangebot seinerseits hängt ab von der Schätzung

des gegenwärtigen Güterverbrauchs im Vergleich zu der Fürsorge für die Zukunft und der Rente. Übersteigt letztere die erstere für bestimmte Einkommensteile, so werden diese der Kapitalanlage zugeführt. Je höher die Schätzung der zukünftigen Versorgung ist, desto niedriger werden die Ansprüche auf Zinsvergütung sein und die Schätzungslinie dieser Vergütung bestimmt dann die Mindestansprüche der Geldgeber. Da jedoch auch hier der Preis der Nutzenschätzung des letzten beanspruchten Quantums an Kapital für alles Leihgeld gezahlt wird, so erhalten viele Geldgeber mehr als ihre Schätzung und viele Geldnehmer zahlen weniger. Was sie weniger zahlen, fließt zunächst dem Unternehmer als Sondergewinn zu. Die Höhe der Rente selbst ist in feste Schranken gebannt, weil die Summe des in dem mit höchsten Selbstkosten arbeitenden Betriebes benötigten und verwendbaren Kapitals nach oben und nach unten eng begrenzt ist. Ein Zuviel an Kapital würde die Selbstkosten des Betriebes bald so erhöhen, daß seine Erzeugnisse keine Abnahme mehr fänden. Zu wenig Kapital, etwa zu wenig Maschinen, zu geringe Vorräte an Rohstoffen, bewirkten das gleiche.

Der Nutzen des Kapitals, der Anlagegüter im Betriebe kann sehr verschieden sein. Wenn man von einer ganz bestimmten Arbeiterzahl mit gleichbleibenden Leistungen ausgeht, so wird die erste technisch vollkommene Maschine, das erste Fabrikgebäude den höchsten Nutzen bringen. Dieser Nutzen sinkt in der Regel mit jeder weiteren Zuführung von Anlagegütern, denn der Unternehmer wird Kapital zuerst in den Formen anlegen, die den günstigsten Einfluß auf die Erzeugungskraft seiner Fabrik haben. Er wird aufhören, neues Kapital heranzuziehen, wenn dessen Nutzen geringer

wird als die zu zahlenden Zinsen. Arbeit und Kapital stehen so in jeder Einzelwirtschaft wie in der Gesamtwirtschaft in einem ganz bestimmten Verhältnis. Wollte ein Unternehmer mehr Grund und Boden erwerben, größere Fabrikräume errichten, mehr Maschinen einstellen, als die Zahl seiner Arbeiter erfordert, so würde der Nutzen solcher Neuanlagen unter Null liegen, denn Vorteil entspringt ihnen dann nicht, der Unternehmer müßte aber die normalen Zinsen dafür aufbringen. Daraus ergibt sich, daß jeder Unternehmer dahin streben muß, gerade so viel Anlagegüter in seinem Betrieb zu verwenden, um den höchsten erreichbaren Überschuß über den zu zahlenden Zins zu erzielen. Das ist der Fall, wenn der Nutzen der letzten Kapitalanlage noch etwas über dem Zins liegt. Freilich darf nicht unbeachtet bleiben, daß eine Anlage, die heute vorteilhaft ist, es schon morgen nicht mehr zu sein braucht, wenn etwa eine neue Erfindung Maschinen schuf, deren Nutzen sehr viel höher ist. Für das daraus entstehende Risiko hat der Unternehmer Anspruch auf eine Risikoprämie, die ihm in Gestalt des Nutzenüberschusses über den Zins zufließt.

In der fortschreitenden Wirtschaft moderner Staaten pflegt das im Betriebe arbeitende Kapital fortdauernd zu wachsen, doch zeigt sich andererseits eine stetige Abnahme des dafür vergüteten Zinses, hauptsächlich wohl infolge der Bildung größerer und größter Einkommen, aus denen sehr große Teile für die Zukunft zurückgelegt werden können, weil die allgemeine Preisgestaltung die Befriedigung auch vieler weniger dringender Kultur- und Luxusbedürfnisse aus einem Teile des Gesamteinkommens gestattet. Hauptsächlich die großen Unternehmereinkommen sind es, die zu erheblichen

Teilen immer wieder zu Neuanlagen von Fabriken Verwendung finden.

Die Gesamtsumme der in den Preisen aller Güter etwa während eines Jahres enthaltenen Kapitalrente ist nicht nur von der Höhe des Zinses, sondern auch von dem Geldwerte der für das geliehene Geld gekauften Güter abhängig. Diesen Wert aber bestimmt in der fortschreitenden Wirtschaft der Markt, d. h. neue Fabriken oder Maschinen werden nur dann gekauft, wenn auf ihren Preis eine mindestens normale Rente erzielt wird. Nach dem Marktpreis richtet sich dann auch die geldliche Bewertung der Anlagen in den bisherigen Betrieben. Steigt er also, so wird bei gleichbleibendem Zins auch der Wert der alten Fabriken steigen und die in den Preisen enthaltene Kapitalrente entsprechend wachsen. Ebenso wirkt in Fällen, wo nicht Neuanlagen, sondern nur Besitzwechsel in Betracht kommen, der jeweilige letzte Kaufpreis, der im Markte aus zwei entgegenstehenden Nutzenschätzungen zustande kommt. Steigt etwa die Nutzenschätzung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, so wird, wenn auch der Grundbesitzer noch die alten Hypothekenzinsen und selbst die alten Löhne zahlt, ihr Marktpreis und damit der Unternehmergewinn des Besitzers steigen. Dies veranlaßt wieder neue Kapitalinhaber den Nutzen des Grund und Bodens höher einzuschätzen und beim Kauf entsprechende Preise zu zahlen. Nach diesen richtet sich dann der Geldwert auch der unverkauften Landgüter und auf diesen Wert wird der im Markte übliche Zins als Rente zu rechnen sein. Handelt es sich dagegen um einen Zweig der Gütererzeugung, der daniederliegt, für dessen Produkte wenig Nachfrage und niedrige Preise herrschen, so daß Neuanlagen nicht in Betracht kommen, so wird auch

der Kapitalwert der Fabriken bei Besitzwechsel geringer veranschlagt werden, nämlich so, daß der neue Besitzer auf den gezahlten Preis mindestens die Normalrente erzielt.

Der Lohn

Lohn ist die Vergütung für geleistete Arbeit. In der Wirtschaft wird Arbeit nur dann bezahlt, wenn der Zahlende zum mindesten Aussicht hat, den gleichen Betrag im Preise der erzeugten Güter zurückzuerhalten. Deshalb ist der Lohn abhängig vom Marktpreis der Waren. Er kann auf das Stück in dem mit höchsten Selbstkosten arbeitenden Betriebe nicht dauernd größer sein, als der Marktpreis der Erzeugnisse, abzüglich der im Markte festgestellten Kapitalrente, denn andernfalls würde das Kapital der Unternehmung aufgezehrt und der Betrieb unmöglich. Lohn ist nicht nur die Vergütung für den an der Maschine stehenden Arbeiter, er umfaßt auch alle Aufwendungen für die Verwaltung, den Verkauf, die Leitung, und es ist deshalb berechtigt, auch eine Entschädigung für den seine Fabrik selbst leitenden Unternehmer hier zuzufügen, denn täte er es nicht, so müßte ein Direktor bezahlt werden.

Auch im Arbeitsmarkte herrschen die besprochenen Marktgesetze. Die Nachfrage ist bedingt durch Zahl und Umfang der jeweils zur Gütererzeugung nötigen Betriebe und die Höhe der Lohnsumme ist, wie schon dargelegt, durch die Verhältnisse in dem am ungünstigsten arbeitenden Unternehmen bedingt. Wollten etwa die Arbeiter höheren Lohn erzwingen, so würden dadurch die Selbstkosten der von ihnen erzeugten Güter in dem mit höchsten Kosten arbeitenden Betriebe über den Marktpreis steigen, d. h. der Betrieb müßte, wenn sich

das nicht bald änderte, geschlossen werden. Die dadurch freigewordenen Arbeitskräfte vermehrten das Angebot auch in den Fabriken mit günstigeren Verhältnissen, d. h. auch dort wären dann die höheren Löhne nicht aufrecht zu erhalten.

Das Angebot im Arbeitsmarkt findet seine untere Grenze in den Selbstkosten dieser Arbeit. Für den ungelernten Arbeiter sind das die Aufwendungen, welche er machen muß, um körperlich und geistig befähigt zu sein, eine bestimmte Arbeit zu leisten und um einen gleichgearteten Nachwuchs heranzuziehen. Unterschritte der Lohn auf längere Zeit dieses Existenzminimum, so würde entweder die Geburtenzahl in den Kreisen der betroffenen Arbeiter abnehmen, oder wo das nicht der Fall ist, die Sterblichkeit der Kinder infolge schlechter Versorgung wachsen. Damit verringerte sich dann allmählich auch das Angebot an Arbeitskräften und die Löhne würden wieder steigen. Bei Arbeitskräften, die einer besonderen Schulung bedürfen, tritt zu den Kosten des Lebensunterhalts und der Heranziehung eines Nachwuchses noch eine angemessene Rente auf die Kosten der Schulung. Würde diese längere Zeit wegfallen, so hätte niemand mehr ein Interesse, seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu heben, was natürlich nicht ausschließt, daß innerer Trieb die Einzelnen zur Ausbildung von geistigen Kräften anregt.

Gegenüber der Meinung, daß solche Umstände in der freien Wirtschaft eine dauernde Verelendung der Arbeitermassen herbeiführen müssen, ist hervorzuheben, daß schon der Begriff des Existenzminimums ein sehr schwankender ist. In der modernen Fabrik werden bei Bedienung der komplizierten Maschinen auch an den ungelernten Arbeiter viel höhere Anforderungen gestellt, als etwa in der Landwirtschaft

oder in der Heimarbeit. Je höher aber diese Anforderungen sind, desto höher steigt auch das Existenzminimum, denn von der Lebenshaltung hängt sehr wesentlich Arbeitskraft und Denkvermögen ab. So wird niemand leugnen können, daß sich in den industriell aufsteigenden Volkswirtschaften die Lebenshaltung auch der ungeschulten Arbeiter dauernd gehoben hat.

Die Hauptursache dieser Hebung liegt indessen an anderer Stelle, nämlich in dem Streben nach Unternehmergewinn und der freien Konkurrenz der Unternehmer, die in dem Bemühen, möglichst hohen Gewinn zu erzielen, ihre Betriebe, soweit das vorteilhaft ist, dauernd vergrößern. Wenn in dem früher behandelten Beispiel die Selbstkosten der für die Herstellung aller im Markte absetzbaren Erzeugnisse nötigen Betriebe zwischen 50 und 60 schwankten, so wird der Fabrikant, welcher am billigsten arbeitet, bestrebt sein, den Betrieb zu erweitern. Geschieht das in einem genügenden Umfange, nämlich so weit, daß die Mehrerzeugung des billigsten Herstellers die des teuersten erreicht und übertrifft, so wird der Marktpreis nunmehr bis auf 55, die Selbstkosten des Betriebes, der die nächsthöchsten Selbstkosten aufweist, sinken. Dadurch aber ist dann der Arbeiter in der Lage, für seinen nicht verringerten Lohn das bisher mit 60 verkaufte Erzeugnis für 55 zu kaufen, ja, es ist höchst wahrscheinlich, daß der Fabrikant, dessen Betrieb erweitert werden sollte, zur Heranziehung neuer Arbeiter einen etwas höheren Lohn zahlte als der Betrieb mit den höchsten Selbstkosten. Man mag hier einwenden, der Fabrikant mit den niedrigsten Kosten würde sich doch nach der Preissenkung auf 55 auch bei Verdoppelung seines Umsatzes nicht besser stehen, indessen

ist ja diese Entwicklung in der Praxis eine viel weniger sprunghafte und sie kann für den fortschrittlich organisierten Betrieb auch in ihrem Ergebnis gebessert werden, wenn gleichzeitig mit der Senkung des Marktpreises eine entsprechende Senkung der Selbstkosten durch technische oder organisatorische Verbesserungen eintritt. Im Grunde gleicht ja doch in der freien Wirtschaft der Unternehmer dem Esel, dem man das Heubündel an die verlängerte Deichsel bindet. Beide sehen ein erstrebtes Ziel, beim Unternehmer einen sehr erhöhten Gewinn, immer nahe vor sich und erreichen ihn nie, weil ihr Vorwärtsstürmen auch das Ziel selbst weiter hinausschiebt, beim Fabrikanten dadurch, daß die Ausschaltung des teuersten Betriebes den Marktpreis senkt. Die Arbeiter sind also als Lohnempfänger recht stark an der Aufrechterhaltung freier Konkurrenz unter den Unternehmern interessiert.

Der Unternehmergewinn

Der Unternehmer hat als Aufgabe, in seinem Betriebe Kapital und Arbeit in jener Mischung zusammenzuführen, die bei möglichst geringem Aufwand beider die im Markt am höchsten bewerteten Erzeugnisse hervorbringt. Er und der Geldgeber tragen das volle Risiko, das mit dieser Aufgabe verknüpft ist. Erweisen sich die Maschinen oder Gebäude, die man erwarb, als ungeeignet, oder ist der Lohn, den man zahlte, zu hoch, vielleicht weil der Arbeiterschaft die richtige Schulung fehlte, so werden die Selbstkosten der Fabrikate höher als der erzielbare Marktpreis und der Unternehmer muß den Unterschied aus seinem Vermögen decken, erhält dann natürlich auch keine Ent-

schädigung für seine Verwaltungstätigkeit im Betriebe. Andererseits winkt dem Unternehmer im Falle des Erfolges ein besonderer Gewinn. Der Unternehmergewinn entsteht, wenn nach Zahlung aller Löhne an sämtliche im Betrieb tätige Personen einschließlich des Arbeitslohnes für den Unternehmer und des Zinses auf alles in der Unternehmung arbeitende Kapital, darunter auch das, welches der Unternehmer selbst zur Verfügung stellte, beim Verkauf der Erzeugnisse eine Differenz übrigbleibt. In dem früheren Beispiel würde für den Fabrikanten, dessen Selbstkosten 50 betragen, bei einem Marktpreis von 60 ein Unternehmergewinn von 10 Einheiten übrigbleiben, während der Unternehmer mit Selbstkosten in Höhe von 60 nur diese und keinen Sondergewinn erzielte. Ja, da in der Wirtschaft zwischen Beginn der Erzeugung und dem Verkauf oft eine recht lange Zeit liegt, so kann sich zwischen diesen beiden Zeitpunkten auch der Marktpreis sehr verschieben, und zwar nach beiden Richtungen, von denen die eine erhöhten Unternehmergewinn, die andere Kapitalverlust bedeutet.

Man streitet nun viel um die Berechtigung dieses Unternehmergewinnes. Einerseits wird darin eine Schädigung der Lohnempfänger gesehen, denen der Unternehmer einen Teil des ihnen zukommenden Lohnes vorbehalte. Indessen wäre das nur richtig, wenn diese Lohnempfänger wesentlich an der erfolgreichen Vereinigung von Kapital und Arbeit Anteil hätten. Soweit das der Fall ist, pflegte schon bisher den leitenden Beamten des Betriebes ein Anteil an diesem Unternehmergewinn in Gestalt des Gewinnanteils zugebilligt zu werden. Wenn die geistige Mitarbeit an der Organisation und steter Verbesserung des Betriebes, wie es jetzt beabsichtigt

ist, auch seitens der Arbeiter und Angestellten einsetzt, dann wird man, um solches Streben zu belohnen und anzuregen, auch Mittel und Wege finden müssen, um jedem seinen richtigen Anteil zu sichern. Nicht aber kann derjenige, welcher nur arbeitet, d. h. das tut, was die Leitenden anordnen, beanspruchen, teilzunehmen an den Vorteilen, welche aus der besonderen Geschicklichkeit der Leitung erwachsen. Wollten die im Betriebe Arbeitenden den gesamten Unternehmergewinn für sich in Anspruch nehmen, so müßten sie auch das gesamte Risiko etwaiger Verluste mit tragen und von sich aus die wirtschaftliche Leitung übernehmen. Nur soweit sie dazu imstande wären, könnte etwa ein genossenschaftlicher Betrieb Erfolg haben.

Im Grunde zerfällt der Unternehmergewinn in zwei Teile. Einmal enthält er eine Prämie für den mit eigenem Kapital beteiligten Unternehmer für das Risiko des Verlustes, das dieses Kapital und sein Gehalt in erster Linie trifft. Zum anderen liegt in ihm die Vergütung für die besondere Geschicklichkeit in der Leitung. Daß dem so ist, wird insbesondere bei der Aktiengesellschaft geltend, wo die Vergütung für das Kapitalrisiko den Aktionären, die andere für die Leitung den Direktoren in Form von Gewinnanteil zufließt. Mag man im einzelnen über die Richtigkeit dieser Verteilung streiten, im Durchschnitt muß sie so sein, daß sich einerseits genügend Kapital, andererseits genügend fähige Menschen zur Leitung finden.

Technik, Arbeitsorganisation und Natur

Die Technik ist dauernde Helferin der Wirtschaft und ihr ist in erster Linie die Entwicklung der Gütererzeugung

zuzuschreiben. Wo in früheren Jahrhunderten Tausende, ja Hunderttausende von Menschen in mühseligster Weise ihre Arbeitskraft vereinten, um große Lasten zu bewegen, man denke an den Bau der Pyramiden, da schwingt jetzt der elektrisch betriebene Kran seine Arme, abhängig von dem Fingerdruck seines Leiters. Dampfkraft, Elektrizität, die Ausnutzung der Wasserkräfte und der Kraftmotor haben den arbeitenden Menschen die meisten der nur Kraft erfordernden Arbeiten abgenommen. Aber auch viele Arbeit leichterer Art ist auf die Maschine übergegangen. Der mechanische Webstuhl, oft in mehreren Exemplaren unter der Aufsicht eines Arbeiters, leistet das Vielfache von dem, was am handbedienten Stuhl erzielt werden konnte. Die Schreibmaschine beschleunigt den Schriftverkehr und die vielgestaltige Werkzeugmaschine ersetzt eine Reihe von Arbeitern. Immer wird man der Maschine den Vorzug geben, wenn die Kosten ihrer Herstellung und Benutzung, ausgedrückt im Zins und einer Abnutzungsquote, verbunden mit dem Aufwand für ihre Bedienung geringer sind als die Löhne der durch sie ersetzten Arbeiter. Da die Selbstkostenersparnisse außerordentlich hoch waren, beherrscht jetzt die Maschine die gewerbliche Fabrikation, und die Menge der Gütererzeugung seitens des einzelnen Menschen hat sich durch ihre Mithilfe gewaltig gehoben. Damit aber ist auch der Anteil aller an der Gütererzeugung Beteiligten an diesen Gütern sehr erheblich gestiegen.

Eine ähnliche Rolle wie die Technik spielen die Fortschritte der Arbeitsorganisation, die in der Regel sehr eng mit ersterer verknüpft ist. Eine zweckmäßige Arbeitsteilung kann den Einzelnen für eine gleichbleibende Teilarbeit, sei es durch die Hand oder die Maschine, viel leistungsfähiger machen.

Gleichartig wirkt verbesserte Zusammenfassung bisher zersplitterter Arbeitskräfte. Das nach einem amerikanischen Ingenieur benannte Taylor-System bezweckt nichts anderes als durch genaue Beobachtung der Arbeitenden herauszufinden, wie sie ihre Arbeit mit dem geringsten Aufwand an Kraft und Mühe durchführen können. Es verhindert so frühzeitige Ermüdung des Arbeitenden und führt zur wirtschaftlichen Höchstleistung.

Der menschlichen Beeinflussung am wenigsten zugänglich ist ein Grundpfeiler der Wirtschaft, die Natur. Von ihr sind Art und Menge der Naturerzeugnisse, hauptsächlich in der Landwirtschaft, sehr abhängig. Zwar hat die Forschung der Chemiker uns gezeigt, wie durch planmäßige Düngung der Ertrag von Grund und Boden gehoben werden kann, doch sind diese Möglichkeiten eng begrenzt. Nahezu jeder Beeinflussung entzogen ist das Wetter, von dem die Höhe der Ernten so wesentlich abhängt. Aus der Ernte aber fließt ein erheblicher Teil der jährlichen Gesamterzeugung von Gütern, dessen starke Schwankungen, wie wir noch sehen werden, im Markte nicht ohne Einfluß sein können.

V. Das Geld

Die Frage nach dem Wesen des Geldes und nach den Einflüssen, die seinen Wert bedingen, steht jetzt nach dem Kriege im Mittelpunkte des Interesses. Will man sie beantworten, so ist es empfehlenswert, zunächst einmal den Werdegang des Geldes näher kennen zu lernen. Es gab eine Zeit ohne Geld. Das war der Fall, solange das Wirtschaften in abgeschlossenen Haushalten möglich war, solange die

Gutshöfe alles, was ihre Angehörigen brauchten, selbst erzeugten.

Indessen kann solcher Zustand der geschlossenen Hauswirtschaft nur selten in reiner Form bestanden haben. Sehr bald pflegt sich der Tausch zu entwickeln. Die eine Wirtschaft ist etwa in der Lage, Salz zu erzeugen, das anderen fehlt. Dann wird sie dieses Erzeugnis in größeren Mengen herstellen und gegen überschüssige Erzeugnisse der anderen Wirtschaften tauschen. Tropische Gewürze, Edelmetalle, Bernstein, Gewebe und andere seltene, hochgeschätzte Güter gelangten auf dem Wege des Tausches auch in die sich sonst selbstversorgende Wirtschaft. Mit dem Tauschhandel war nun auch ein lebhafter Personenverkehr verbunden, und mögen die Reisenden auch lange auf der Grundlage gegenseitiger Gastfreundschaft bewirtet worden sein, so entwickelte sich doch immer mehr das Bedürfnis nach einem Tauschmittel, das, wenn nicht überall, so doch in größeren Bezirken allgemein angenommen wurde. Zunächst diente als solches das Gut, welches in dem betreffenden Bezirk am allgemeinsten getauscht wurde und gleichzeitig beständig genug war, um darin einen gewissen Vorrat anzusammeln. Hirtenvölker bedienten sich des Viehs als Tauschgeld, Sklaven hatten ihren festen Tauschwert. Anderen Stämmen waren Messer, Lanzenspitzen und ähnliches allgemeines Tauschmittel. Edelmetalle, zunächst in Form von Schmucksachen, die allmählich gleichmäßige Formen annahmen, wurden das Geld der Reichen, das sich durch hohe Beständigkeit auszeichnete. Anderwärts finden sich Muscheln, Stoffe, Salz, Glasperlen, Felle und Pelze. Alle diese Güter waren gleichzeitig vielbegehrte Waren und Tauschgeld, das man auch erwarb,

wenn man es als Ware nicht gebrauchte, weil man sicher war, dafür jederzeit andere Güter zu erhalten. Indessen hafteten diesem Tauschgeld doch noch recht viele Nachteile an. Es war beschwerlich zu transportieren und oft nicht genügend teilungsfähig, um alle benötigten Werte zum Ausdruck zu bringen. Auch die Wertbeständigkeit ließ zu wünschen übrig.

Deshalb vollzog sich, nachdem die Kunst des Wägens erfunden war, ganz von selbst der Übergang zum Edelmetall als dem vorherrschenden Tauschgut, weil dieses, wenig Raum beanspruchend, sich hoher Wertschätzung erfreute, auch innerhalb großer Zeiträume vollkommen unverändert blieb und beliebig geteilt werden konnte. Doch haftete auch diesem Edelmetallgewichtsgeld noch ein Nachteil an. Das jedesmalige Wiegen beim Tausch und die Untersuchung des Feingehaltes machten seine Verwendung sehr beschwerlich, was lag also näher als das Metall in gleichmäßigen, ihrem Feingehalt und Wert nach gezeichneten Stücken verschiedener Größe in den Verkehr zu bringen. Dieses Warenmünzsystem regelte dann allmählich der Staat, der bald das Münzrecht für sich in Anspruch nahm und aus der Verpachtung der Münze gewisse Einkünfte zog. In Zeiten hohen Geldbedarfs haben dann die Münzherren oft versucht, den Metallinhalt bekannter Münzen zu verschlechtern, in der Regel mit dem Erfolg, daß die noch vorhandenen vollwertigen Münzen sehr schnell nach dem Ausland verkauft wurden, wo man sie nach ihrem Gehalt bewertete.

Aus solchen Erfahrungen heraus ergab sich das Streben fortschreitender Wirtschaftsgebiete, den Metallgehalt ihrer Münzen durch Gesetz zu sichern. Für Deutsch-

land bestimmt z. B. das Münzgesetz, daß aus einem Kilogramm Feingold 2790 Mark in Goldmünzen zu prägen sind. Freilich kleine Abweichungen davon mußten aus technischen Gründen erlaubt bleiben, weil es nicht möglich ist, volle Gleichmäßigkeit der Münzen zu erzielen. So darf in Deutschland die neue Goldmünze im Feingehalt bis zu 2 und im Gewicht bis 2 ½ Tausendstel von der Vorschrift abweichen. Goldmünzen, die im Umlauf abgenutzt wurden, werden erst eingezogen, wenn sie mehr als 5 Tausendstel vom Normalgewicht verloren haben.

Alle bisher besprochenen Vorschriften lassen dem Edelmetall die Eigenschaft der Ware, deren Eigenwert also auch Schwankungen unterworfen sein kann, je nachdem wie sich Angebot und Nachfrage im Edelmetallmarkt gestalten. Da aber Abweichungen im Preis des Rohmetalles und der Münzen den Umlauf letzterer erschweren, so hat man den Versuch gemacht, auch den Wert des ersteren dadurch festzulegen, daß man Sammelbecken schuf, in die überschüssige Mengen hineinflossen und aus denen gelegentlicher, die Erzeugung überschreitender Bedarf befriedigt werden konnte. Sammelstellen dieser Art sind die Zentralbanken und der Geldverkehr. Es wurde bestimmt, daß jeder Inhaber von Edelmetall berechtigt sei, daraus Münzen der vorgeschriebenen Zahl durch die staatliche Münze prägen zu lassen und sie in den Verkehr zu bringen. Weiter wurden in der Regel die Zentralbanken verpflichtet, Rohmetall gegen fertige Goldmünzen der vorgeschriebenen Zahl umzutauschen. Andererseits konnten Goldschmiede und andere Gewerbetreibende, die Gold brauchten, jederzeit ihren Bedarf aus den im Verkehr befindlichen oder bei der Zen-

trale lagernden Beständen zu einem gleichbleibenden Preise befriedigen.

Während nun alle bisher besprochenen Geldarten gleichzeitig Waren sind, die auch als solche den gleichen Wert wie als Münze besitzen, gibt es auch Geld, das seinem Stoffe nach minderwertiger oder gar wertlos ist, trotzdem aber wie das Warengeld in Zahlung genommen wird. Solches Geld sind zunächst die Scheidemünzen, in Deutschland die Silber- und Kupfermünzen. Deren Metallwert ist in normalen Zeiten erheblich geringer als der, mit dem man sie in Zahlung nimmt, der ihnen aufgedrückt ist. Außerdem haben wir in den Banknoten ein stofflich vollkommen wertloses Geld, indessen wird die Tatsache, daß sie volle Tauschkraft haben und ebenso wie die Goldmünzen in Zahlung genommen werden, in der Regel auf ihre jederzeitige Umtauschbarkeit in Gold durch die regelnde Zentralbank zurückgeführt. Dieser Grund kann indessen nicht mehr maßgebend sein, seit mit Kriegsausbruch die Goldeinlösungspflicht der Reichsbank aufgehoben wurde. Als weiterer Grund bleibt die gesetzliche Vorschrift, daß jeder Gläubiger sich in solchen Noten als gesetzlichem Zahlungsmittel bezahlen lassen muß. Sicherlich wird dadurch die Umlaufsfähigkeit des an sich wertlosen Papiers sehr gehoben. Es gibt aber auch Papiergeld, das nicht gesetzliches Zahlungsmittel ist und doch als solches umläuft, so z. B. das Stadtgeld oder die Notgeldscheine von Fabriken, ja auch Briefmarken ersetzen nicht selten Kleinmünzen. Schließlich gibt es ein stoffloses Geld in Form der Bankguthaben, mit denen man in der Form der Buchumschreibung (Giro) oder durch Scheck und Wechsel bargeldlos zahlen kann. Der in

Frage stehende Betrag wird von einem Konto ab- und einem anderen zugeschrieben.

Es ist also nicht leicht, einen kurzen Ausdruck für den Grund zu finden, der minderwertiges oder stofflich wertloses Geld doch befähigt, gegen wertvolle Güter getauscht zu werden. Die bisher immer vertretenen Ansichten sind durch den Krieg widerlegt worden. Nicht die Einlösbarkeit der Noten in Gold macht sie zu Geld, denn sie blieben es auch nach der Aufhebung dieser Möglichkeit, nicht die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel kann die alleinige Ursache sein, weil das Notgeld und die Darlehnskassenscheine diese Eigenschaft nicht besitzen. Schließlich wird es auch die jederzeitige Umtauschbarkeit eines minderwertigen Geldes in ein durch Gold einlösbares oder als gesetzliches Zahlungsmittel anerkanntes Geld nicht sein, die Papier zum Tauschmittel macht, denn wieviele Geldempfänger wissen über diese rechtlichen Zusammenhänge überhaupt Bescheid, insbesondere bei dem Stadtgeld, dessen Einlösungsverhältnisse nur sehr wenigen bekannt waren. Was macht schließlich die Briefmarke und das Bankguthaben zum Zahlungsmittel?

Eine einheitliche Erklärung des Wertes aller Zahlungsmittel läßt sich nur geben, wenn man von der Aufgabe, der alles Geld dienen soll, ausgeht. Geld dient dem Kauf, und alles Geld, das *Kaufkraft* besitzt, hat *Wert als Tauschmittel*. Solange ein Geldempfänger die Überzeugung besitzt, ein *eingehendes Zahlungsmittel wieder gegen Waren tauschen oder Schulden damit tilgen zu können*, wird er es in Zahlung nehmen, sonst nicht. Gewohnheiten, Gesetze und Umtauschvorschriften sind nur Mittel, um diesen Zustand zu festigen. Glaubt aber

jemand, ein Neger im dunkelsten Afrika werde eine Reichsbanknote in Zahlung nehmen, weil sie jederzeit in Goldmünzen umgetauscht werden kann? Eine andere Frage, die jetzt im Vordergrunde des Interesses steht, ist die nach den Veränderungen in dem Wertverhältnis zwischen Geld und Ware, in der Kaufkraft des Geldes.

VI. Geldwert und Warenpreis

Die Wirkungen des Weltkrieges und seiner Folgezeit auf die Warenpreise sind, und das nicht nur in kriegführenden Ländern, von gewaltigem Einfluß gewesen. Daß nahezu alles teurer geworden ist, spürt jeder am eigenen Beutel. Warum das aber sein muß und wie es sich allmählich entwickelte, ist eine noch vielumstrittene Frage. Ihre Lösung muß jedoch jetzt betrieben werden, weil nur dann, wenn die Entstehung der Geldentwertung bekannt ist, es möglich wird, Heilmittel zu finden, um ihre schlimmen Wirkungen zu mildern und allmählich zu beseitigen. Die genaue Höhe der Geldentwertung festzustellen, ist dabei gar nicht so leicht, denn jeder weiß, daß die einzelnen Waren in ganz verschiedenem Umfange im Preise gestiegen sind. Man versucht es seit langem mit einer Durchschnittsrechnung, indem die Preise einer möglichst großen Zahl von Waren fortlaufend aufgezeichnet, zusammengezählt und der Gesamtbetrag mit früheren Ziffern verglichen wird. Indessen sagt das nicht immer das Richtige über die wirkliche Verteuerung der Lebenskosten, weil die Bedeutung der einzelnen Waren im Haushalt sehr verschieden ist und sich verschieben kann.

Schon in früheren Jahrhunderten hat sich zeitweise, in der Regel in Verbindung mit Kriegen und Revolutionen,

die Erscheinung plötzlicher Veränderungen des Geldwertes gezeigt. So im dreißigjährigen Kriege, während der großen französischen Revolution, wo das Papiergeld schließlich völlig wertlos wurde, während der napoleonischen Kriege und zu Zeiten des Bruderkrieges in den Vereinigten Staaten. Jedesmal ist versucht worden, die rechten Ursachen zu finden. Die besten Überlegungen pflegten noch die Engländer, das klug rechnende Handelsvolk und ihre Anschauungen gelten leider im Grunde noch in der heutigen Wissenschaft. Die Grundlage der damaligen Erklärung einer Geldwertverschiebung war die Beobachtung, daß sie in der Regel mit einer starken Vermehrung des umlaufenden Geldes verbunden war. Zunächst meinte man, der Preis müsse in vollkommen gleichem Verhältnis steigen wie bei gleichbleibendem Warenangebot die Geldmenge wachse. So konnte man in Zeiten folgern, in denen der Zahlungsverkehr fast nur durch Bargeld, allenfalls Banknoten bestritten wurde. Mit der Entwicklung des Scheck- und Giroverkehrs sah man sich genötigt, auch das sofort fällige Bankguthaben als Zahlungsmittel einzurechnen und schließlich mußte man anerkennen, daß der gleiche Geldvorrat mit verschiedener Schnelligkeit im Wirtschaftskörper zu pulsieren vermag. An Stelle einer Geldvermehrung müßte demnach auch eine Beschleunigung oder Verlangsamung des Geldumlaufs Wirkungen auf den Warenpreis zeitigen. Man wäre schon früher auf die richtige Spur gekommen, wenn man diesen Gedanken weiterverfolgend gefragt hätte, wodurch denn solche Umlaufsverschiebungen herbeigeführt wurden. Falsch ist an dieser sogenannten Quantitätstheorie des Geldes zunächst schon, daß man keinerlei Unterscheidung hinsichtlich der Verwendung der Zahlungsmittel machte. Das

Geld dient sehr verschiedenen Zwecken. Im großen dient es etwa folgenden Zwecken:

1. Warenkäufen,
2. Einkommenszahlungen,
3. dem Besitzwechsel von Dauergütern,
4. Kreditgeschäften,
5. Steuerzahlungen,
6. der Vermögensfestlegung.

Ein weiterer zeitweise sehr erheblicher Teil dient überhaupt nicht Zahlungszwecken, sondern liegt als Vermögensteil in Geldschränken und Bettstroh vergraben als Sparpfennig. So zeigt schon diese kurze Betrachtung eine sechsfache Verwendbarkeit des Geldes und wir müssen uns sogleich fragen, ob denn vermehrter oder verringerter Geldbestand in jedem der sechs Umlaufskreise die gleiche Wirkung auf die Warenpreise haben müsse. Das kann nun schwerlich der Fall sein. Denn wenn wir uns überlegen, wie die Warenpreise zustande kommen, so zeigt sich, daß dies nur möglich ist durch das Gegenübertreten eines Geld- und eines Warenangebotes, wie es unsere Marktbetrachtungen erkennen ließen. Zahle ich Steuern und Gehalt oder gebe ich einer Bank Geld in Gewahrsam, nehme ich solches von ihr auf Kredit oder kaufe ich eine bestehende Fabrik, so haben alle diese Geldzahlungen keinen Einfluß auf den Preis der neuerzeugten Waren. Noch viel weniger hat eine Vermehrung der „gehamsterten" Geldbestände irgendwelche Wirkung. Das Letztere ist allgemein anerkannt. Dagegen hat man bisher nur selten zugegeben, daß auch Zahlungen für die oben unter 2 bis 6 genannten Zwecke nicht auf den Warenpreis einwirken. Ist das aber der Fall, so müssen auch Veränderungen der Geld-

menge, die nicht Warenkäufen dienen, ohne Einfluß auf den Warenpreis bleiben.

Mit dem bisherigen ist nur gezeigt, daß die einfache Erklärung, Geldvermehrung sei gleich Erhöhung, Geldminderung gleich Erniedrigung der Warenpreise, falsch ist. Sie haftet an etwas Äußerem. Demgegenüber gilt es, hier zu untersuchen, woher denn das Geld kommt, das im Warenmarkte den dort angebotenen Waren gegenübertritt. Es entstammt, abgesehen von auf längere Zeiträume betrachteten unbedeutenden Zu- und Abwanderungen aus dem Markte der ihren Besitzer wechselnden Dauergüter oder den ruhenden Beständen, einzig und allein aus dem laufenden Einkommen der Einzelwirtschaften. Verfolgen wir das Geld in seinem Umlauf, so sehen wir, wie es außer zu Lohn-, Gehalts-, Zins- und Unternehmergewinnzahlungen, also der Einkommensbildung auch den Warenkäufen, Steuerzahlungen, der Kreditgabe und Kreditnahme und dem Umsatz von Dauergütern dient. Die gleiche Banknote wandert vom Unternehmer zum Angestellten als Gehalt und kann von diesem zu den verschiedensten Zwecken verwandt werden. Er kann Waren kaufen, Spareinlagen vermehren, ein Haus erwerben, Steuern zahlen oder es in den Geldbehälter legen. Der Warenverkäufer, die Bank, der Hausverkäufer und die steuererhebende Behörde haben ihrerseits gleiche Verwendungsmöglichkeiten, indessen ist der Kreditnehmer gebunden, die Hauptmasse der eingegangenen Gelder wieder zinstragend auszuleihen, also das Einkommen des einen auf den anderen zu übertragen. Ein gewisser Teil des Geldes wird in der Bank als Kassenbestand verbleiben. Der Warenverkäufer pflegt neue Waren zu erwerben und auch der Hausbesitzer

kauft sich in der Regel ein anderes Haus, jedenfalls einen zinstragenden Vermögenswert. Das Geld, welches den öffentlichen Einrichtungen als Steuer zufließt, geht als Beamtengehalt, Zins oder für Warenkäufe wieder hinaus, so daß der Betrag, um den sie ein Einkommen mindern, letzten Endes anderen Einkommen wieder zuwächst.

Aus diesem Gewirr der Beziehungen kann uns nur ein Satz hinausführen, den schon Lexis und nach ihm Liefmann aufgestellt haben: *Die Einkommen kaufen die neuproduzierten Güter. Niemand kann mehr kaufen, als er an Einkommen besitzt.* Er mag ja durch Kredit die verfügbare Summe vermehren, aber dann geht der gleiche Betrag von dem Einkommen desjenigen ab, der ihm das Geld lieh. *Also kann in der Gesamtwirtschaft für die Gesamtheit der in einem bestimmten Zeitraum erzeugten Güter auch nicht wesentlich mehr oder weniger als das für Warenkäufe verfügbare Einkommen aller Einzelwirtschaften bezahlt werden.* Man mag dagegen einwenden, daß ja nicht alle Waren sogleich verkauft werden, aber was etwa ins nächste Jahr mit hinübergenommen wird, wiegt im Durchschnitt nur den Bestand auf, den man vom Vorjahr übernahm, und was an Einkommen etwa verfügbar bleibt, gleicht sich ebenfalls ungefähr durch den Rest des Vorjahres aus.

Wenn man nun auf solcher Grundlage untersuchen will, wie die Geldwertverschiebung im Weltkriege zustande kam, so wird man von der Betrachtung der beiden im Markte gegenüberstehenden Größen Einkommen und Warenerzeugung der Friedenszeit ausgehen müssen. Die Schätzung des deutschen Volkseinkommens ergab vor dem Kriege 40 Milliarden

Mark auf das Jahr. Diese Summe, aufgebaut auf unsicheren Statistiken der sehr ungleichmäßig arbeitenden Steuerbehörden, kann von der Wirklichkeit nicht unerheblich entfernt sein, aber sie genügt doch als Ausgangspunkt für unsere Betrachtungen. Danach konnten etwa im Jahre 1913 die deutschen Einzelwirtschaften nicht mehr als 40 Milliarden für die Gesamtheit der erzeugten Waren bezahlen, ihr Wert war, wenn nicht übermäßig Geld aufgestapelt wurde, gleich diesen 40 Milliarden, und ihre Verkäufer hatten, wenn wir uns den Absatz auf den Jahresschluß vereinigt denken, dafür diese 40 Milliarden Mark erhalten. Daraus hatten sie im nächsten Jahre Lohn, Zins und Unternehmergewinn zu bestreiten. Wie hat sich aber dieser Betrag des fortlaufend kreisenden Volkseinkommens im Laufe des Krieges verändert? Können wir das ergründen, so besitzen wir auch den Schlüssel zur Erklärung der Verschiebungen in der Kaufkraft des Geldes. Zwar kann sich auch das im Produktionsprozeß normaler Zeiten kreisende Einkommen verändern, indem etwa aus den brachliegenden Geldbeständen neue Beträge herangezogen oder dorthin abgestoßen werden, neues Kreditgeld geschaffen oder beseitigt wird oder Geldbeträge aus dem Markte der den Besitzer wechselnden Dauergüter herausgezogen oder dorthin abgestoßen werden, aber diese Verschiebungen pflegen doch langsam vonstatten zu gehen und können die schnellen Veränderungen des Geldwertes nicht erklären. Die sind verursacht durch die Schaffung neuer, zusätzlicher, künstlicher Kaufkraft seitens des Staates und der Banken.

Wie entsteht solche zusätzliche, künstliche, nicht aus dem Produktionsprozeß herauswachsende Kaufkraft? Mehrere Wege stehen dazu offen. Der bekannteste ist die Ausgabe

von Papiergeld seitens des Staates oder einer von ihm beauftragten Bank. Dies Papiergeld unterscheidet sich von der Banknote dadurch, daß es nicht jederzeit in Goldmünzen umgetauscht werden kann. Vor dem Kriege war das mit den Reichsbanknoten der Fall. Die Reichsbank durfte höchstens den dreifachen Betrag ihrer Goldbestände in Banknoten ausgeben und die nicht durch Gold gedeckten Noten waren durch angekaufte Wechsel gesichert, welche spätestens innerhalb dreier Monate fällig wurden und dann auch in Goldmünzen umgetauscht werden konnten. Freilich genügte der Goldbestand der Reichsbank auch schon vor dem Kriege nicht, um alle Noten gleichzeitig in Gold einzulösen, indessen hatte die Erfahrung erwiesen, daß dieser Fall niemals eintrat, weil der Verkehr jederzeit ein gewisses Quantum Noten beanspruchte. Bei Kriegsausbruch zeigte sich nun, daß viele Noteninhaber, mißtrauisch geworden, nach dem Umtausch ihrer Noten in Gold strebten und es bestand die Gefahr, daß der Reichsbank das gesamte Gold entzogen wurde. Dann aber hätte sie überhaupt keine Noten mehr in den Verkehr bringen dürfen. Deshalb war einer der ersten Schritte der Kriegsgesetzgebung die Aufhebung der Noteneinlösungspflicht seitens der Reichsbank.

Gleichzeitig wurde weitere Vorsorge getroffen, um das Vertrauen der Inhaber in die Banknoten zu erhalten. Man verfügte, daß als Golddeckung auch bei der Reichsbank hinterlegte Darlehnskassenscheine, die ihrerseits durch Wertpapiere oder Waren gesichert waren, anzusehen seien und daß auch der Reichskanzler für das Reich Wechsel ausstellen dürfe, die den übrigen allmählich verschwindenden Warenwechseln gleichzustellen seien. Darlehnskassenscheine dem Golde gleich-

zustellen war im Grunde nichts als Spiegelfechterei, allenfalls entschuldigt durch die Umstände und die Ansicht, andernfalls werde das Publikum die Noten nicht mehr nehmen. Dies aber war viel besser gesichert durch die Vorschrift, daß jeder Gläubiger Zahlung in Noten annehmen müsse. Später hat dann die bekannte Goldsammlung auch viele der noch im freien Verkehr befindlichen Goldmünzen der Reichsbank zugeführt, die sie allmählich wieder als Zahlungsmittel für Auslandswaren verbrauchte.

Von der Möglichkeit fast unbeschränkter Notenausgabe hat die Reichsbank auf Veranlassung der Reichsbehörden nun in Kriegs- und Übergangszeit sehr reichlich Gebrauch gemacht. Während Ende 1913 nur insgesamt etwa 2,6 Milliarden Reichsbanknoten umliefen, neben denen allerdings noch 2—3 Milliarden gemünztes Geld im Verkehr war, betrug die Summe der zusätzlichen Noten gegen Ende Oktober 1920 etwa 63,5 — (2,5 + 2,6) = 58,4 Milliarden. Ihre Vermehrung hatte insbesondere nach Ausbruch der Revolution ein sehr verschärftes Tempo angenommen, allmählich schienen sich jedoch auch die neuen Behörden der unheilvollen Wirkungen solchen Vorgehens bewußt zu werden und dämmten den Strom.

Ein zweiter Weg der Schaffung künstlicher Kaufkraft ist die Ausgabe der Darlehnskassenscheine durch die mit Kriegsausbruch ins Leben gerufenen Darlehnskassen. Diese geben den Hinterlegern von Wertpapieren oder Waren für einen Teil des verpfändeten Wertes Darlehnskassenscheine, verwandeln also Vermögen in Einkommen, das dann zu Warenkäufen verwendet werden kann. Gegen Ende Oktober 1920 waren etwa 34,4 Milliarden Darlehnskassenscheine aus-

gegeben, von denen jedoch 21,3 Milliarden als Notendeckung bei der Reichsbank lagen, so daß nur ein Rest von rund 13 Milliarden im Verkehr war.

Der dritte Weg zur Schöpfung künstlicher Kaufkraft liegt in der Möglichkeit Bankgeld zu schaffen. Dies geschieht z. B. wenn der Staat Schatzwechsel an die Reichsbank gibt und ihm dafür ein Bankguthaben zur Verfügung gestellt wird, mit dem er auf dem Wege der Buchumschreibung oder des Schecks seine Lieferanten bezahlt. Ebenso ist das Verfahren gegenüber den Privatbanken. Eine andere Form der Vermehrung für den Warenkauf verfügbarer Einkommen liegt vor, wenn bei den Kreditanstalten auf täglich fälligen Konten eingezahltes Geld, also aufgespeicherte Einkommen, unter gleichen Bedingungen wieder ausgeliehen wird. Dann können sowohl der Einleger wie auch der Kreditnehmer jederzeit über den gleichen Betrag zum Warenkauf verfügen und der Betrag des für den Markt verfügbaren Einkommens ist verdoppelt. Diese Vermehrung des Kreditgeldes ist außerordentlich groß gewesen. Bei der Reichsbank betrugen die täglich fälligen Einlagen 1913 durchschnittlich 668 Millionen, Ende Oktober 1920 dagegen 17,9 Milliarden. Bei den vier größten Banken waren sie Ende 1913 2072 Millionen gegen 26 890 Millionen Ende 1919. Bedenkt man, daß es viele Tausende von Kreditanstalten gibt, bei denen eine ähnliche, wenn auch nicht immer gleich stürmische Entwicklung Platz griff, so wird man die Vermehrung des Bankgeldes mit 50 Milliarden schwerlich zu niedrig einschätzen. Obgleich die Mehrheit davon aufgespeichertes, nicht künstlich geschaffenes Einkommen ist, so stellt doch der Gesamtbetrag zusätzliche Kaufkraft dar. Überschlagen wir

nunmehr den Umfang der Vermehrung der Kaufkraft während des Krieges, so ergibt sich, daß zu dem vorher vorhandenen Volkseinkommen von schätzungsweise 40 Milliarden allmählich rund 58,4 Milliarden Zuwachs an Reichsbanknoten, 13 Milliarden in Darlehnskassenscheinen und 68 Milliarden an Bankgeld, insgesamt also rund 140 Milliarden getreten sind. Wie haben diese auf Einkommensbildung und Warenpreise gewirkt? Dabei wird berücksichtigt werden müssen, daß allmählich ein Teil dieses zusätzlich geschaffenen Einkommens in den Markt der den Besitzer wechselnden Dauergüter und ins Ausland abfloß.

Mit Kriegsausbruch ergab sich eine völlige Verschiebung in der Wirtschaft der kriegführenden Staaten. Zu den Bedürfnissen der wirtschaftenden Personen traten die der Kriegswirtschaft des Staates, die an Dringlichkeit alles andere überragten. Um möglichst viel Erzeugnisse an sich heranzuziehen, bot der Staat die denkbar höchsten Preise. Sie zu zahlen, gelang ihm in der ersten Zeit aus den Erträgnissen der Kriegsanleihen, die aus Banken, Sparkassen und Strümpfen aufgespeicherte Einkommen herausholten. Von einer wesentlichen Erhöhung der Steuern glaubte man absehen zu müssen, um die Gütererzeugung nicht zu hemmen. Schon solche Vermehrung der im Markte auftretenden Kaufkraft aus den Einkommensreserven bewirkte eine dauernde Erhöhung der Preise aller kriegswichtigen Güter. Dadurch aber wurden auch die Einkommen der Verkäufer und Hersteller solcher Erzeugnisse sehr vermehrt. Zuerst zeigten sich die Wirkungen in dem stetigen Anwachsen der sogenannten Kriegsgewinnler, der Unternehmer, deren Gewinne infolge der Heranziehung auch sehr unwirtschaftlich arbeitender Betriebe im Durchschnitt gewaltig stiegen. Dies aber löste wiederum eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften jeder Art aus, die durch Einziehung gerade der leistungsfähigsten Altersklassen besonders knapp geworden waren. Dadurch stiegen auch die Löhne, die allmählich auch der Arbeiterklasse, insbesondere soweit sie über Spezialfertigkeiten verfügte, ihren recht erheblichen Kriegsgewinn zutrug.

Solche an sich schon ohne jede Geldvermehrung einfach durch die Umschaltung und Verstärkung der Bedürfnisse und die Hereinziehung brachliegender Einkommensteile in den Markt bis zu gewissem Grade mögliche Vermehrung der Nachfrage erhielt nun im Verlauf des Krieges immer weitere Verschärfung durch die Schöpfung zusätzlichen Einkommens durch Staat und Wirtschaft. Insgesamt 140 Milliarden sind bis Ende Oktober 1920 ungefähr geschaffen worden, mit denen Käufer im Markte auftraten. Waren es auch nicht immer Waren, die man verlangte, sondern auch Dienste von Angestellten, so führten doch diese das empfangene Einkommen in den Warenmarkt, dort zur Erhöhung der Preise beitragend. So ist es leicht zu erklären, warum aus diesen Quellen allmählich eine stete Verteuerung aller Waren einsetzte. Dabei erleichterte die ungleichmäßige Verteilung der Einkommen, ihre Zusammendrängung in den Händen der Kriegsgewinnler, die Bildung der so ungeheuerlich hohen Schleichhandelspreise, weil die Nutzenschätzung der täglich reicher Werdenden auch mit dem Einkommen anstieg und der geringe Vorrat zur Zahlung hoher Preise zwang. Aber auch die Aufbringung der Kriegsanleihen ist durch die Kriegsgewinne gefördert worden, weil ihre Höhe den Erwerbern trotz zum Teil üppiger Lebenshaltung erlaubte, große Überschüsse zu sparen, mehr, als wenn das Gesamteinkommen

gleichmäßig verteilt worden wäre. Dann würde weniger gespart und mehr Einkommen in den Warenmarkt geführt worden sein, dessen Preise dann noch mehr gestiegen wären.

Stellten wir bisher fest, daß die eine Seite des Warenmarktes, die Nachfrage in Geld, bedingt durch künstlich vermehrte Einkommen während des Krieges unter Abzug der im Ausland befindlichen Noten etwa vervierfacht worden ist, so sind auch tiefgreifende Verschiebungen auf der Gegenseite, der des Warenangebots, festzustellen. Der Krieg hat allmählich durch Einziehung zum Militärdienst etwa 10 Millionen der kräftigsten und tüchtigsten Erzeuger von Waren in Güterzerstörer und reine Konsumenten verwandelt. Dadurch muß das Gesamterzeugnis erheblich gemindert worden sein, denn der Ersatz durch ungeschulte Jugendliche und Frauen reichte keinesfalls aus. Weiter stockte die Zufuhr aller überseeischen Waren, die nur sehr unzureichend durch teuerere und schlechtere inländische Erzeugnisse ersetzt werden konnten. Die starke Nachfrage nach kriegswichtigen Erzeugnissen beherrschte die Warenerzeugung, so daß für den Bedarf der privaten Wirtschaften nur verhältnismäßig wenig übrig blieb. Die Erzeugung war hauptsächlich auf Verbrauchsgüter gerichtet, an den Ersatz abgenutzter Maschinen, ihre Instandhaltung, die Auffrischung des Bodens durch Dünger und Kulturarbeit konnte nur wenig verwandt werden, so daß auch aus diesem Grunde eine allmähliche Abnahme der Gütererzeugung stattfinden mußte. In der Landwirtschaft sind die Erträgnisse auf etwa zwei Drittel der früheren gesunken. Ähnlich, vielleicht noch schärfer, wird auch der Rückgang in den Industrieerzeugnissen gewesen sein. Wenn aber in allen zusammengefaßten Märkten der Gesamtwirtschaft zwei Drittel der früheren Warenmenge einem vervierfachten Gesamteinkommen gegenüberstehen, dann müssen auch, falls nicht größere Einkommensteile in Geld aufgestapelt werden, die Preise auf das Sechsfache der früheren Höhe steigen. Betrüge die Gütererzeugung nur die Hälfte der früheren, so wären die Preise etwa auf das Achtfache gestiegen. Die Summe der im Markte auftretenden Kaufkraft wurde weiter nicht unerheblich vermehrt, weil die Verkäufer nicht wieder zu ersetzender Warenvorräte nun als Käufer der verbleibenden Waren auftraten. So hat sich auch die Marktlage in Wirklichkeit allmählich gestaltet. Mit der Erhöhung der Einkommen erhöhte sich auch die Nutzenschätzung der Waren in Geld und damit auch der Preis, der weiter steigen mußte, weil nur ein geringeres Quantum an Waren zur Verfügung stand, das unter die Meistbietenden verteilt wurde. Zwar scheint die Höchstpreispolitik und die Rationierung der wichtigeren Güter dem nicht zu entsprechen, doch erklärt sich gerade aus der künstlichen Niederhaltung ihrer Preise, warum die übrigen freien Waren und die im Schleichhandel vertriebenen, so ungeheure Verteuerungen erfahren konnten. Es blieb den Einzelwirtschaften, insbesondere den Kriegsgewinnlern, nach dem Ankauf der im Preise beschränkten Güter eben noch soviel Einkommen über, daß sie daraus auch die höchsten Preise zahlen konnten. Wären alle Güter frei gewesen, so würde sich die Preissteigerung mehr verteilt haben.

Nach Ausbruch der Revolution hat sich dann ein weiterer Grund zur Preissteigerung eingestellt. Es sind die umfangreichen Erhöhungen der Löhne. Nicht preissteigernd wirkt die Lohnerhöhung, welche aus dem Unternehmergewinne

bestritten werden kann. Das aber ist hier nicht der Fall, vielmehr hat die Arbeiterschaft, irregeleitet durch das auf die Dauer undurchführbare Programm einer reinen Oppositionspartei, der Sozialisten, die jetzt plötzlich vor der Aufgabe stand, leichten Herzens gemachte Versprechungen einzulösen, die Löhne so hoch normiert, daß die Selbstkosten vieler Waren gewaltig über den damaligen Marktpreis stiegen. In solcher Lage aber muß entweder das Unternehmungskapital, und vor ihm Unternehmergewinn wie Unternehmergehalt allmählich aufgezehrt, oder der Marktpreis erhöht werden. Die Erhöhung des Marktpreises aber läßt sich nur für einen Teil der Waren durchsetzen, den nämlich, für den sich auch zum höheren Preise genügend Abnehmer finden, als solche kommen in erster Linie die Arbeiterkreise selbst mit ihrem erhöhten Einkommen in Betracht. Auf die Frage der Lohnbildung, wie der einer Herabsetzung der derzeitigen hohen Warenpreise soll in dem folgenden Abschnitt noch eingegangen werden.

VII. Das Gleichgewicht in der Wirtschaft

Die Wirkung des freien Marktes auf die Wirtschaft

Die Kräfte des freien Marktes haben wir bereits kennengelernt, es sind einerseits das Angebot von Waren, bedingt durch die Kosten ihrer Herstellung und andererseits die Nachfrage, bedingt durch die Einkommen. Daraus ergab sich als erstes, daß der Preis durch dieses Angebot und durch diese Nachfrage gebildet wird. Jede Änderung der Warenmenge und ihrer Kosten, wie jede Verschiebung der Einkommen bedingt auch Ände-

rungen des Preises. Dies gilt sowohl für den Markt einzelner Güter wie für die gedankliche Vereinigung aller Märkte zu einem einzigen, in dem sich als Angebot sämtliche innerhalb eines bestimmten Zeitraums erzeugte Waren und andererseits sämtliche Einkommen gegenüberstehen.

Als die Hauptaufgabe der Unternehmer ergibt sich, keine Waren zu erzeugen, deren Kosten höher sind als der Preis. Indessen ist solche Forderung leichter aufzustellen als durchzuführen, denn sie bedingt, daß jeder Unternehmer bei Beginn seiner Produktionsperiode den Preis, welchen er am Schlusse derselben erzielen wird, richtig einschätzt. Zwischen Schätzung und Verkauf liegt jedoch jedesmal eine nicht willkürlich zu ändernde, sondern von dem Herstellungsgange abhängige Zeitspanne. Innerhalb derselben kann sich manches verschieben. So entspricht ja im Grunde die Nachfrageseite des Marktes einer fortlaufenden Volksabstimmung über die Nützlichkeit der einzelnen Erzeugnisse, die mit der Höhe der Einkommen, dem Wechsel der Bedürfnisse und der in Aussicht stehenden Gütermenge dauernd schwankt. Bei solcher Abstimmung herrscht allerdings ein von der Einkommensgröße bedingtes Pluralwahlrecht, das indessen in bezug auf die Verbrauchsgüter einen erheblichen Teil seiner Härte einbüßt, weil die Inhaber großer Einkommen einen größeren Teil derselben der Neuanlage, dem Sparen zuwenden, während die Inhaber geringerer Einkommen diese fast vollkommen dem Verbrauch widmen. Andererseits kann sich während des Herstellungsganges der Güter auch manches an den geschätzten Kosten ändern, etwa die Löhne steigen, der Zins sinken, der Preis von Rohstoffen sich verändern.

Es wird danach nicht wundernehmen, wenn die Schätzungen der Unternehmer oftmals nicht das Richtige treffen. Drei Fälle sind möglich: 1. Der erwünschte, der Kostenpreis des teuersten Herstellers entspricht der Nachfrage des das letzte Quantum begehrenden Käufers, d. h. es ist genau soviel erzeugt worden, wie zu dem Kostenpreise des letzten Herstellers im Markte verlangt wird. 2. Die Nachfrage ist größer als die Menge der vorhandenen Waren, sie übersteigt bei dem vorhandenen Quantum den Kostenpreis des letzten Herstellers. Dann kann auch der am ungünstigsten arbeitende Erzeuger einen Unternehmergewinn erzielen. Freilich ist nicht gesagt, daß er die volle Spanne zwischen der niedrigsten Nutzenschätzung des letzten Abnehmers erhält, denn auch diese ist beweglich und wird leicht nach unten verändert, wenn die Kaufenden das Vorhandensein eines größeren Unternehmergewinns vermuten. Auch der Verkäufer weiß ja nicht im voraus, wie hoch er seine Forderung stellen darf, denn ihm ist die Schätzung der Käufer nicht bekannt. Beide, Käufer wie Verkäufer müssen tastend, versuchend ermitteln, zu welchem niedrigsten Preise sie noch Ware erhalten, und zu welchem Höchstpreis sich noch Abnehmer finden. Innerhalb der Spanne der höchsten Selbstkosten und der niedrigsten Schätzung für das letzte produzierte Quantum entscheidet ein freier Preiskampf über den Preis. Auf die Dauer drückt ihn die freie Konkurrenz der Unternehmer wieder auf die Selbstkosten des letzten Erzeugers herab. 3. Kann die Warenerzeugung größer sein als die Nachfrage zu dem Selbstkostenpreis des am teuersten arbeitenden Herstellers. Dann muß dieser mit Verlust verkaufen und wird dadurch für seine falsche Schätzung der

Nachfrage auf das empfindlichste gestraft. Der Preis muß schließlich so bemessen werden, daß sich genügend Abnehmer der Bestände finden. Er kann bei geringer Überproduktion so liegen, daß nur sehr wenig unter den Kosten des letzten Herstellers verkauft wird. Bei größerer Warenmenge mag die Hälfte der Erzeuger mit Verlust, die andere billiger arbeitende mit Gewinn verkaufen, und schließlich kann gar im Durchschnitt ein Unternehmerverlust entstehen, weil die Mehrzahl der Hersteller nicht auf ihre Selbstkosten kommt.

Der ideale Zustand ist der unter 1 angeführte, wenn genau soviel erzeugt wird, daß sich noch zu einem Preise, der die Selbstkosten des am ungünstigsten arbeitenden Fabrikanten deckt, genügend Abnehmer finden. Diesem Zustande strebt die freie Wirtschaft selbsttätig zu, ohne daß sich irgend eine Behörde darüber Sorgen zu machen braucht, ohne daß ein Regen von Verordnungen in den Wirtschaftsgang eingreift. Denn es gibt keine wirksamere Strafe für den Produzenten, der sich verschätzt, als die Verringerung seines erlangbaren Einkommens oder den Verbrauch seines Vermögens. Im zweiten Falle bewirkt der Umstand, daß noch mehr Waren über den Selbstkosten der Warenhersteller abgesetzt werden könnten, eine selbsttätige Ausdehnung der Erzeugung. Jeder Fabrikant strebt nach Ausdehnung seiner Betriebe, um in der nächsten Produktionsperiode mehr auf den Markt zu bringen. Geschieht das aber, so wird gleichzeitig der Preis herabgedrückt, denn nun müssen Abnehmer herangezogen werden, deren Nutzenschätzung niedriger ist als die der bisher zuletzt versorgten. Damit wird im Grunde der gesamte Unternehmergewinn wieder zu dem, was er sein soll, einer

Prämie für besondere Leistungen bei voller Versorgung aller in Betracht kommenden Abnehmer. In ihrem Streben nach Gewinn enteignen sich die Unternehmer ihren Gewinn gegenseitig, solange sie in freier Konkurrenz arbeiten und zwingen sich dauernd dahin zu zielen, immer geringere Selbstkosten aufzuwenden, d. h. bei gleichem Aufwand an Arbeit und Kapital eine immer bessere, reichlichere und billigere Versorgung der Konsumenten zu erreichen.

Schießt freilich die Unternehmerklasse über das Ziel hinaus, dann tritt Fall 3 ein und sie wird dafür gestraft, indem ein Teil der Erzeuger mit Verlust verkaufen muß. Auch dieser Zustand kann nicht dauern. Allerdings existieren viele große Unternehmungen, in denen von Unternehmergewinn auf Jahre keine Rede ist. Sie können nur bestehen, weil der Unternehmer gleichzeitig auch Leiter, Direktor und Geldgeber zu sein pflegt. Ist er das, so vermag er seine Gütererzeugung noch recht lange aufrecht zu erhalten, wenn er auch an Stelle von Unternehmergewinn, Unternehmerverlust erzielt. Er pflegt dann oft auch auf eine Vergütung für seine Verwaltungstätigkeit ganz zu verzichten und empfängt als Kapitalist eine geringere als die normale Rente, aus der er seine persönlichen Bedürfnisse bestreitet. Immerhin werden solche Betriebe, denen es an guter Organisation fehlt, die ersten Opfer der freien Konkurrenz, wenn wirtschaftlicher arbeitende Unternehmer ihren Betrieb so ausdehnen, daß sie auch bei Versorgung aller bisherigen Abnehmer zu billigerem Preis als seither noch Unternehmergewinn erzielen.

Freilich die Unternehmer sind sich der ungünstigen Wirkung der freien Konkurrenz auf ihren Gewinn bewußt. Sie

streben nach Monopolen und erlangen sie als Patentinhaber und Glieder von Kartellen, Syndikaten und Trusts. In diesen Fällen kann der Verkaufspreis so bemessen werden, daß auch der am ungünstigsten arbeitende Hersteller noch Unternehmergewinn erzielt. Indessen hat auch dies Verfahren seine Grenzen, denn es bedingt eine Beschränkung der Erzeugung auf einen Umfang, der eben diesen erhöhten Preis noch erlaubt. Ist sie größer, so finden sich keine Abnehmer für die überschüssigen Mengen, weil deren Schätzung niedriger ist als der Preis. Die Preisvereinigung der Unternehmer wird also den Preis so bemessen müssen, daß *für die Gesamtheit der Erzeuger der höchste Unternehmergewinn erzielt wird.* Läge dieser aber infolge besonders hoher Nutzenschätzung einer sehr kleinen Zahl von Abnehmern erheblich über den Selbstkosten auch des letzten Herstellers, so träte selbsttätig eine Berichtigung dadurch ein, daß nun Unternehmungen außerhalb der Vereinigung gegründet würden, die auch das Kartell zur Preisherabsetzung zwingen.

Angebot und Nachfrage regeln im freien Markte den Preis, und zwar so, daß bei einem gegebenen Stande der Technik die größtmögliche Zahl der Verbraucher mit der erreichbaren höchsten Menge versorgt werden. Jede Verbesserung des Erzeugungsvorganges mäßigt die Selbstkosten, erhöht das Angebot und senkt damit den Preis. Jede Erhöhung der Nutzenschätzung seitens der Verbraucher vermehrt die Nachfrage, hebt den Preis und damit auch die Erzeugung der betreffenden Güter. Umgekehrt regelt auch der Preis die Gütererzeugung.

Liegt er über den Selbstkosten des letzten Erzeugers, so treten neue auf, alte Betriebe werden erweitert. Liegt er unter den Selbstkosten des oder der letzten Erzeuger, so scheiden diese allmählich aus, wenn sie nicht imstande sind, ihre Arbeitsweise zu verbessern. Welche Behörde kann sich unterfangen, das, was hier als Gleichgewichtszustand selbsttätig aus dem Streben der Unternehmer nach höchstem Gewinn herauswächst, etwa durch staatliche Regelung der Wirtschaft zu erreichen? Wer wird besser geeignet sein, Erzeugung und Verbrauch im voraus richtig zu schätzen, der bei falscher Schätzung in seiner Existenz bedrohte sachkundige Unternehmer oder der festbesoldete, nach engen Vorschriften handelnde Beamte?

Das Streben nach dem Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte

Sehen wir, daß im freien Markte Preis, Gütererzeugung und Güterverbrauch dauernd dem Gleichgewichtszustande zustreben, der, entsprechend dem jeweiligen Stande der Technik, dem Hersteller einen der Leistung angemessenen Gewinn, dem Verbraucher die erreichbare höchste Menge an Gütern zuführt, so erstrecken sich doch die Wirkungen des freien Marktes noch weiter. Sie erzeugen auch einen Gleichgewichtszustand der Kräfte, von denen die Güterherstellung abhängig ist, nämlich von Arbeit, Kapital, Unternehmertätigkeit und Kapitalwert.

Um das klar zu erkennen, wird es nötig, zunächst drei Arten der Wirtschaftsführung eines Volkes zu unterscheiden. Eine Volkswirtschaft kann fortschreiten, dauernd auf dem gleichen Stande bleiben, oder gar allmählich ihren Angehörigen immer weniger an Bedürfnisbefriedigung bieten. Nach dem Umfang der Bedürfnisbefriedigung messen wir also die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft. Man kann demnach vom Fortschreiten sprechen, wenn eine immer zunehmende Bevölkerung dauernd gleichmäßig versorgt wird, und auch dann, wenn die Bedürfnisse des einzelnen im Durchschnitt eine immer bessere Befriedigung finden. Den höchsten Grad des Fortschreitens bildet gleichzeitige Bevölkerungsvermehrung mit dauernder Hebung der Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen. Umgekehrt ist eine Volkswirtschaft rückschrittlich, wenn eine abnehmende Bevölkerung nur gleich gut oder gar schlechter versorgt wird, und von einem Gleichgewichtszustand wird man sprechen, wenn die Bedürfnisse einer gleichbleibenden Bevölkerung dauernd gleichmäßig befriedigt werden. Von diesem Gleichgewichtszustande wollen wir hier ausgehen und dabei die Frage der Bevölkerungsbewegung nur nebenher berücksichtigen. Wohl aber ist es wichtig, zu beachten, daß in der gleichbleibenden Wirtschaft nicht alle Waren sofort verbraucht werden dürfen. Ein Teil muß zur Erneuerung der abgenutzten Maschinen, Geräte, Gebäude, zur Instandhaltung der Wege und Bahnen dienen.

Über die Höhe des Anteils an der Gütererzeugung, welcher nicht dem Verbrauch, sondern dem Ersatz oder der Vermehrung von Anlagekapital dient, bestimmen die Unternehmer in zweierlei Weise, einmal als Produzenten, zum anderen als Konsumenten und immer geleitet von dem Streben nach dem höchsten Gewinn. Als Erzeuger von Anlagegütern werden sie danach streben müssen, möglichst soviel herzustellen, daß der denkbar höchste Unternehmergewinn erzielt wird. Dieser Fall tritt ein, wenn die Selbst-

kosten des letzten Unternehmers dem Marktpreis entsprechen. Würde weniger erzeugt, so wäre auch der Unternehmergewinn im ganzen geringer, für den einzelnen könnte er allerdings höher sein. Indessen würden dann die Produzenten, um den Höchstgewinn zu erzielen, ihre Erzeugung ausdehnen. Erzeugte man zuviel, so hätten die Produzenten mit den höchsten Selbstkosten Verluste zu erwarten. Als Konsumenten bestimmen die Unternehmer, wieviel aus dem Geldeinkommen aller Wirtschafter dem Güterverbrauch und wieviel dem Anlageersatz und der Anlagevermehrung zuzuwenden ist. Danach bemißt sich also ihre Nachfrage nach Geldkapital und die Vergütung dafür, der Zins. Zieht der Unternehmerstand zuviel Geldkapital an sich, so mindert er dadurch auch das Geldeinkommen, das für den Ankauf der Verbrauchsgüter noch zur Verfügung steht. Wird aber diese Summe zu niedrig, so sinkt in gleichem Maße der Betrag, den die Erzeuger von Verbrauchsgütern dafür im Markte erhalten können. Damit mindert sich auch ihr Unternehmergewinn, der sogar in Unternehmerverlust umschlagen kann. Angenommen von dem jährlichen Geldeinkommen Deutschlands in Höhe von 40 Milliarden sei es für die Unternehmer am vorteilhaftesten, drei Viertel dem Güterverbrauch, ein Achtel dem Anlageersatz und ein Achtel der Neuanlage zu widmen. Wie würde sich die Marktlage gestalten, wenn die Unternehmer durch Zinserhöhung 20 Milliarden an sich zögen, um dafür Anlagegüter zu kaufen, die Produzenten aber zunächst drei Viertel Verbrauchsgüter und ein Viertel Anlagegüter herstellten. Dann würde im Markte der Anlagegüter eine Preisverdoppelung stattfinden, die auch den Unternehmergewinn der Erzeuger gewaltig heben müßte.

Andererseits träte im Markte der Verbrauchsgüter eine Absatzstockung ein, denn für drei Viertel der Gesamterzeugung erhielten die Hersteller nur die Hälfte des Geldeinkommens. Also ist für sie kein Unternehmergewinn mehr zu erzielen, im Gegenteil, es werden erhebliche Verluste eintreten. Die Folge solcher Lage würde für die nächste Produktionsperiode eine Einschränkung in der Herstellung der Verbrauchsgüter sein und zwar soweit, daß die Hersteller auch bei einem Gesamterlös von nur 20 Milliarden mindestens ihre Selbstkosten decken könnten. Jede Einschränkung in der Erzeugung der Verbrauchsgüter verringert aber auch den Bedarf an Neuanlagen und Anlageersatz, denn die bestehenden Fabriken erweisen sich ja bereits als zu groß. Damit aber wird auch eine Änderung im Warenmarkt erzielt, wo nun ein größerer Teil, vielleicht das gesamte Geldeinkommen auftritt, das die Nachfrage und die Preise wieder steigert, während die Erzeuger von Anlagegütern keine oder nur wenige Abnehmer finden.

Daraus ergibt sich folgendes: 1. Der Zins muß durchschnittlich so hoch sein, daß er dem Markte der Verbrauchsgüter gerade soviel Nachfrage entzieht und sie dem Markte der Anlagegüter zuführt, daß in beiden Märkten der denkbar höchste Unternehmergewinn und die denkbar beste Versorgung der Bedürfnisse erzielt wird.

2. In Ländern mit stark aufstrebender Wirtschaft, wo der Nutzen neuer Kapitalanlagen noch sehr hoch ist, wird auch die Nachfrage nach Geld zum Zwecke des Kaufs von Anlagegütern verhältnismäßig recht stark sein und damit auch ein hoher Zinssatz herrschen. Volkswirtschaften auf hoher Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung dagegen pflegen

einen kleineren Teil des Gesamteinkommens für den Anlagemarkt in Anspruch zu nehmen, weil der Nutzen von Neuanlagen nicht mehr so hoch ist, wie in unentwickelten Gebieten, denn die Anlagen mit höchstem Nutzen wird der Unternehmer zuerst in Angriff nehmen. Also sinkt auch der Anteil der Rentner am Nutzen seiner Kapitalanlage mit fortschreitender Entwicklung der Wirtschaft.

3. Je niedriger der Zins in einem Lande steht, desto höher ist der Nutzenüberschuß der Unternehmungen über die Zinskosten, die sich ja nach dem Nutzen des letzten beanspruchten Anlagekapitals richten, weil die älteren Anlagen mit höherem Nutzen arbeiten. Dieser Nutzenüberschuß fließt zunächst dem Unternehmer als Gewinn zu, indessen kann dieser niemals dauernd den ganzen Betrag für sich behalten, denn die freie Konkurrenz führt bei erheblichem Wachsen des Gewinnes in einem Handelszweige zur Gründung von Neuanlagen, die sich mit geringerem Unternehmergewinn begnügen und zu billigeren Preisen verkaufen, wenn die alten Betriebe es nicht tun wollen. Solche Minderung der Preise bedeutet aber die Beteiligung der Verbraucher an dem Nutzen der Kapitalanlage. Lohnempfänger wie Rentner können für den gleichen Betrag mehr Güter erwerben als vorher, sie werden zu Nutznießern des Kapitalismus und des freien Marktes. Also ist auch die Neuanlage von Unternehmungen die Quelle steigender Bedürfnisbefriedigung für den Arbeiter.

4. Die richtige Verteilung der Erzeugung und der Einkommen auf Anlage und Verbrauchsgüter wird durch den Markt geregelt. Wollte man in einer Volkswirtschaft nur

Verbrauchsgüter erzeugen, so würden diese zu einem erheblichen Teile überhaupt nicht absetzbar sein, denn die Inhaber der Einkommen, insbesondere der großen, pflegen einen Teil derselben der Fürsorge für die Zukunft zu widmen und zu sparen. Findet sich niemand, der ihnen Zins bietet, so sparen sie in Form der Zurückhaltung von Geld. Also wird für die Gesamtheit der Verbrauchsgüter weniger gezahlt werden, als sie in Lohn, Rente, Abnutzung und Unternehmergewinn gekostet haben. Würde ein Land nur Anlagegüter erzeugen, so ergäbe sich ein gleiches Resultat, weil immer nur ein Teil des Gesamteinkommens in den Markt der Anlagegüter wandert. Also müssen die Unternehmer ihre Produktion dem zukünftigen Bedürfnis nach Möglichkeit anzupassen suchen. Schon wenn sie nur etwas zuviel Verbrauchsgüter herstellen, arbeiten in diesem Zweige die Betriebe mit den höchsten Kosten mit Verlust, und in dem Markte der Anlagegüter wird dadurch der Gewinn nicht höher, weil die freie Konkurrenz der Unternehmer den Preis soweit herabzudrücken pflegt, daß auch in diesem Markte gerade noch der teuerste Betrieb auf seine Kosten kommt. Wohl aber wird dann eine Korrektur einsetzen. Man wird für die nächste Produktionsperiode mehr Anlage- und weniger Verbrauchsgüter herstellen, so daß möglichst in beiden Märkten auch der am teuersten arbeitende Betrieb noch auf seine Kosten kommt.

Die Anpassung der Erzeugung von Anlage- und Verbrauchsgütern vollzieht sich in fortwährenden Schwankungen um die richtige Mittellinie, welche den Gleichgewichtszustand darstellt. Das ist unvermeidlich, weil es sich immer um Schätzungen einer großen Zahl von Unternehmen handelt

und zwar um Schätzungen einer Nachfrage, die zwischen Beginn und Beendigung der Erzeugung auch noch Änderungen ausgesetzt sein kann. Die äußeren Punkte solcher Schwankungen, die sich in regelmäßiger Wiederkehr nach Ablauf von durchschnittlich 7—10 Jahren in den Gesamtwirtschaften zeigten, benennt man mit Hochkonjunktur und Krise. Eine Hochkonjunktur entwickelt sich, wenn im Markte der Verbrauchsgüter ungenügendes Angebot und starke Nachfrage herrscht, wenn die Erzeuger solcher Güter reichlich verdienen, dann versucht jeder derselben seinen Betrieb auf das Intensivste auszunutzen, er kauft neue Maschinen, baut neue Fabriken, erhöht dadurch den Zins und arbeitet bereits an einer Dämpfung der günstigen Marktlage für Verbrauchsgüter. Einmal entzieht die stärkere Nachfrage nach Geld mit dem höheren Zins dem Warenmarkte allmählich einen Teil der Nachfrage, und weiter hebt die verstärkte Neuanlage von Betrieben die Erzeugung von Verbrauchsgütern. Kommt allmählich ihre Erzeugungskraft und der die Selbstkosten steigernde erhöhte Zins zur Wirkung, so müssen die Preise der Verbrauchsgüter und die Unternehmergewinne sinken. Damit setzt die Krise ein. Sie kennzeichnet sich durch Überfüllung des Marktes der Verbrauchsgüter, durch teilweises oder völliges Verschwinden der Unternehmergewinne, durch Einschränkungen der Betriebe mit Arbeiterentlassungen und Bankrotten. Dieser Zustand bleibt indessen nicht dauernd bestehen, sondern allmählich vermehrt sich die Nachfrage auch für Verbrauchsgüter wieder, bleibt doch jetzt ein größerer Teil der Einkommen dafür zur Verfügung, weil die Unternehmer keinen Anlaß haben, Anlagekapital zu hohem Zins heranzuziehen,

für das sie keine nutzbringende Verwendung haben. Mit dem neuen Steigen der Preise im Markte der Verbrauchsgüter heben sich dann auch wieder die Unternehmergewinne, die Nachfrage nach Anlagekapital und der Zins steigt von neuem, kurz, die Gesamtwirtschaft ist wieder auf dem Wege zur Hochkonjunktur, der darüber hinaus ebenso sicher wieder zur Krise führen muß.

Diese Schwingungen der freien Wirtschaft sind nicht ohne Nachteile für die wirtschaftenden Menschen, insbesondere die Lohnempfänger, deren Löhne sich senken und von denen in Krisenzeiten immer eine größere Zahl arbeitslos sein müssen, wenn nicht eine allgemeine Beschränkung der Arbeitszeit Platz greift. Indessen trifft ein ähnliches Schicksal auch die Unternehmer in bezug auf ihre Gewinne, deren Umkehrung in Verluste schwache Gebilde zum Zusammenbruch führt und die Rentner, die eine geringere Verzinsung erhalten, auch nicht selten ihr Kapital verlieren läßt. Eine Beseitigung der Krisen wäre nur möglich, wenn die wirtschaftliche Freiheit des Verbrauchers wie des Erzeugers vernichtet würde. Solange die Möglichkeit besteht, daß eine Warenart nach ihrer Fertigstellung infolge Verschiebung der Bedürfnisse nicht mehr die willige Aufnahme und hohen Preise vorfindet, wie sie bei Beginn ihrer Erzeugung waren, daß andere dagegen sehr bevorzugt werden, solange wird es auch Schwankungen in der freien Wirtschaft geben. Die zeitlich große Ausdehnung solcher Schwankungen entsteht hauptsächlich, weil die Wirkung von Neuanlagen auf die Gütererzeugung erst nach ihrer völligen Fertigstellung, oft erst nach Jahren eintritt. Außerdem begünstigt die Ausbildung des Kreditwesens einen größeren Umfang der Schwankungen, weil sie es möglich macht, die

Nachfrage nach Anlagekapital zum Teil aus aufgespeicherten, zum Teil gar aus künstlich, insbesondere durch Banknotenausgabe, geschaffenem Einkommen, also ohne Schmälerung des im Markte der Verbrauchsgüter als Nachfrage auftretenden Einkommens zu befriedigen. Wird solche Entwicklung auf die Spitze getrieben, etwa wie in der Gründerzeit der 70er Jahre in Deutschland, das ganze Gebäude einige Zeit künstlich aufrecht erhalten, indem die Rente der Geldgeber anstatt aus Gewinnen aus dem Kapital gezahlt wird, so pflegt die Hochkonjunktur mit einem plötzlichen Krach zu endigen, dann nämlich, wenn sich plötzlich die Erkenntnis von der Unrentabilität der Neuanlagen verbreitet und zur Panik führt.

Man hat sich, um solche plötzliche und empfindliche Störungen des Gleichgewichts zu vermeiden, bemüht, den Verlauf der Schwankungen im Wirtschaftsleben zu mildern. Als Hauptmittel bediente sich bisher die Reichsbank der Zinserhöhung, die man von ihr aus im Geldmarkte durchführte. Dadurch will man den Preis der Verbrauchswaren künstlich verteuern, um die Unternehmergewinne zu mindern und den Zustrom neuer Kapitalien zur Anlage in Unternehmungen vorzeitig, ehe dieser selbst den Zins wirkungsvoll erhöht, abdämmen. Besser würde voraussichtlich eine feste Regelung des zur Neuanlage verwendeten Kapitals dienen, die indessen eine stärkere Einflußnahme auf das gesamte Kreditsystem bedingen würde, als man vielleicht durchzuführen in der Lage ist.

Das Verhältnis zwischen Preis, Lohn, Rente, Kapitalwert und Unternehmergewinn

Steigt der Preis einer Ware im Markte infolge steigender Nutzenschätzung seitens der Abnehmer oder ungenügender

Menge des Angebotes, so wirkt das zuerst auf den Unternehmergewinn. Er wächst erheblich, kann jedoch bei freier Konkurrenz der Produzenten nicht dauernd so hoch bleiben. Die Erzeuger bemühen sich dann, ihre Erzeugung zu vermehren, mit dem Ergebnis, daß dadurch ihre Selbstkosten steigen, denn ihre vermehrte Nachfrage nach Arbeitern und Anlagegütern erhöht Lohn, Preis und Zins. Lohnempfänger und Kapitalisten werden also sehr bald an dem Ertrage beteiligt. Auf die Dauer findet demnach wieder eine Verteilung des Preiszuwachses unter die drei Beteiligten: Arbeiter, Kapitalisten und Unternehmer statt. Die selbsttätige Beteiligung der Lohnempfänger zeigte sich z. B. während des Krieges, wo besonders tüchtige Arbeiter außerordentlich hohe Löhne erzielten, aber auch die weniger geschulten erlangten allmählich sehr erheblichen Anteil aus den Kriegsgewinnen der Unternehmer. Der Anteil der Kapitalisten blieb verhältnismäßig klein, weil infolge der fortdauernden Schöpfung von künstlichem Einkommen das Angebot von Kapital schneller wuchs als die Nachfrage, die infolge Beschlagnahmung der durch Zufuhrsperre sehr beschränkten Materialvorräte nur in beschränktem Umfange Anlagegüter erlangen konnte. Ohne solche Eingriffe in die freie Wirtschaft hätte auch der Zins steigen müssen. Es zeigt sich also auch hier ein selbsttätiges Streben nach dem Gleichgewichtszustande, der jedem Beteiligten seinen Anteil nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Leistung gewährt.

Sinkt der Marktpreis einzelner oder aller Waren, so trifft der Verlust zunächst allein den Unternehmer, doch sehr bald auch den Lohnempfänger und Kapitalisten, denn in der nächsten Produktionsperiode wird die Erzeugung eingeschränkt,

die Arbeitszeit herabgesetzt oder Arbeiter entlassen und dadurch der Lohn gedrückt. Ebenso sinkt die Zinsvergütung für den Kapitalisten, weil eine geringere Gütermenge ohne erhebliche Vermehrung der bestehenden Anlagen erzeugt werden kann, also nur wenig Nachfrage nach Anlagekapital herrscht.

Auch der Wert der produktiven Anlagen: Fabriken, Landgüter, Eisenbahnen, Schiffe, unterliegt dem Einflusse des Marktes. Steigen die Preise im Markte, so erhöhen sich auch die Kosten der Neuanlagen. Die aber werden nur vorgenommen, wenn ihr Nutzen mindestens so hoch ist wie der Geldzins, sonst brächten sie dem Unternehmer ja Verlust. Daraus folgt, daß bei starker Preissteigerung auch die Rente der Unternehmer und Kapitalisten ihrem Geldbetrage nach steigen muß, ehe neue Anlagen zur vermehrten Bedürfnisbefriedigung geschaffen werden. Das einfachste Beispiel bietet der Hausbau. Wenn dessen Kosten, wie seit Beginn des Krieges, auf etwa das Zehnfache steigen, muß auch erst die Miete auf den zehnfachen Betrag wachsen, ehe neue Häuser gebaut werden können, denn sonst zahlt der Hausbesitzer auf neue Häuser mehr Hypothekenzinsen als er an Miete empfängt. Die immer mehr steigende Nachfrage nach Wohnungen wird auch allmählich die Mietpreise auf die entsprechende Höhe treiben, wenn nicht ein allgemeiner Verfall der Wirtschaft, insbesondere Abnahme der Bevölkerung, Neubauten überflüssig macht. In der Steigerung des Geldwertes der Häuser, Fabriken u. a. liegt allerdings für die Besitzer der alten, zu billigeren Preisen hergestellten, ein erheblicher Geldgewinn, der aber verliert seine Bedeutung schnell, wenn man bedenkt, daß auch der erhöhte Geldbetrag der Mieten infolge allgemeiner Steigerung der Preise höchstens zum Ankauf

der gleichen Waren zur gleichen Lebenshaltung ausreicht, wie der frühere sehr viel kleinere Betrag.

Bestimmt sich so der Wert fortlaufend neugeschaffener Anlagegüter nach den Kosten der Neuherstellung in Geld unter Berücksichtigung der Abnutzung, welcher das Gut unterlag, so gilt das doch nur für Güter, die ihrem Besitzer auch den normalen Nutzen bringen. Eine schlecht angelegte Fabrik, mag sie auch sehr hohe Baukosten verursacht haben, wird doch nur den Wert haben, der ihrem Nutzen entspricht, der aber ergibt sich nicht aus dem Zins auf einen bestimmten Geldbetrag, sondern aus den gesamten Vorteilen, welche die Fabrik, das Landgut dem Unternehmer als Besitzer zuführt. Hat der Besitzer einen Teil des Kaufgeldes der Anlage nicht aus Eigenem bezahlt, so bedeutet der Hypothekenzins nur eine Abfindung für den Geldgeber. Der wirkliche Nutzen kann größer oder kleiner sein als der oft auf lange Zeit vereinbarte Zins. In der Regel ist er größer, denn sonst würde niemand das Gut erwerben. Das, was sich als Nutzenüberschuß ergibt, ist ein Teil des Unternehmergewinnes, der ja aus der vorteilhaften Vereinigung von Arbeit und Kapital entspringt. Verkauft ein Unternehmer eine mit großem Gewinn arbeitende Fabrik, so wird er den Gebrauchswert derselben so bemessen, daß ihm der Gelderlös zum derzeit gültigen Zins ungefähr den gleichen Ertrag bringt, wie seine Anlage. Etwas geringer wird er sein dürfen, weil die Sicherheit des Unternehmergewinnes auch weniger groß ist als die des festgelegten Geldzinses. Andererseits wird kein Besitzer von Geldkapital solches in Unternehmungen anlegen, wenn ihm dort nicht eine etwas höhere Nutzung in Aussicht steht als bei bloßer Ausleihung des Geldes zum landesüblichen Zins.

Daraus ergibt sich, daß in Zeiten niedriger Preise für Verbrauchswaren, bei entsprechend geringem Unternehmergewinn oder gar bei Unternehmerverlust auch der Wert eines Anlagegutes sinkt. Besteht keinerlei Aussicht bei Weiterbetrieb der Unternehmung Verluste allmählich in Unternehmergewinn zu verwandeln, so wird der Wert der Anlagen bis auf Null sinken können. Das allerdings nur, wenn nicht noch ein Nutzen erzielt werden kann, indem das Gut einer anderen Verwendung zugeführt wird. So haben die zahlreichen Kriegsmaschinen jeder Art vielfach nur noch den Wert ihres Materials. Andere, die Flugzeuge z. B., sucht man im Friedensdienst des Verkehrs nach Umbauten zu nutzen. Jedenfalls zeigt sich hier deutlich, auf wie schwankender Grundlage der Kapitalwert aufgebaut ist, und daß es letzten Endes die freie Abstimmung der Warenkäufer im freien Markt ist, die über ihn verfügt, deren Urteil sich der Kapitalist zu fügen hat. Er wird enteignet, d. h. sein Besitz entwertet, wenn er nicht versteht, oder in der Lage ist, sich den Wünschen der Verbraucher anzupassen. Es zeigt sich aber auch, daß die Anlagegüter, um ihren höchsten Nutzen zu erreichen, immer dem Zweige der Gütererzeugung zugeführt werden, wo der höchste Nutzen erzielt werden kann, d. h. mit anderen Worten dorthin, wo steigende Nachfrage auf Grund stärkeren Bedürfnisses die Preise steigen läßt.

Umgekehrt muß die Entwicklung des Kapitalwertes sein, wenn starke Preissteigerungen der Verbrauchsgüter eintreten. Denn steigt auch der Nutzen des Unternehmers und der Wert seiner Anlagen wird sich entsprechend heben, allerdings kann er erfahrungsgemäß nicht die volle Preiserhöhung auf längere Zeit als Unternehmergewinn beziehen, weil das Streben nach

gleichem Gewinn andere Unternehmer veranlaßt, ihre Erzeugung auszudehnen, neue Arbeiter einzustellen und die Anlagen zu erweitern. Ersteres erhöht den Lohn und damit den Anteil der Arbeiter am Unternehmergewinn, letzteres mehrt allmählich die Nachfrage nach Geld und den Zins, also den Anteil der Kapitalisten. Solche Zinssteigerung aber bedeutet eine Hemmung der weiteren Steigerung des Geldwertes der Anlagegüter, denn wenn bei 6% Zins der Inhaber eines Geldbetrages von 100000 M schon die gleiche Rente erzielen kann wie früher bei 4% auf 150000 M Geldkapital, so wird er auch für ein Anlagegut, das 6000 M jährlicher Nutzung bietet, höchstens 100000 M bezahlen, wenn der Zins auf 6% steht, denn sonst steht er sich bei der risikofreieren Ausleihung des Geldes besser. Bei 4% Zins dagegen kann er bis nahe an 150000 M für das gleiche Gut anlegen und wird dann immer noch den gleichen Vorteil haben wie bei bloßer Ausleihung. Daraus ergibt sich auch umgekehrt, daß der Geldwert der Anlagegüter bei gleichem Unternehmergewinn in der freien Wirtschaft steigt, wenn der Zins sinkt. Das kommt nur wenig zur Geltung, weil sich der Zins für langfristige Anlagen nur sehr allmählich verändert. Verschiebungen in der Kaufkraft des Geldes wie sie z. B. der Krieg zeitigte, müssen auch den Geldwert der Anlagegüter stark beeinflussen, einmal durch Verteuerung der Neuanlagen, zum anderen durch die infolge der erhöhten Preise steigenden Unternehmergewinne und die daraus folgende Hebung des Gebrauchswertes der Anlagegüter.

Streng zu scheiden sind indessen Real- oder Anlagekapital, verkörpert in Fabriken, Häusern, Grund und Boden, Maschinen u. a. von dem Papier- oder Effekten-

kapital. Für ersteres allein gilt das bisher Gesagte. Papierkapitalien sind alle Kreditverträge über Geldschulden, in denen der Geldnehmer Verzinsung zu einem bestimmten in der Regel feststehenden Satze und Rückzahlung verspricht. Diese Vertragsbedingungen bleiben bestehen, auch wenn die Anlagegüter, die der Geldnehmer für den empfangenen Betrag kaufte, sich im Werte ändern. Vorteil daraus zieht der Geldnehmer bei Geldentwertung, wenn er seine Geldschuld in schlechterem, wertloserem Gelde verzinst und rückzahlt und der Geldwert seines Hauses, seiner Fabrik steigt. Nachteil ist es ihm, wenn der Geldwert steigt. Dann muß er aus einem verkleinerten Unternehmergewinn Zins und Tilgung in alter Höhe leisten. Darin liegt ein wesentlicher Teil des Unternehmerrisikos.

Zu untersuchen bleibt nun noch, ob der Anteil von Lohn, Kapitalrente und Unternehmergewinn am erzielten Preise der erzeugten Waren willkürlich verschoben werden kann oder ob dafür feste Grenzen bestehen. Am einfachsten ist das zu erkennen in dem am teuersten arbeitenden Betriebe, der keinen Unternehmergewinn abwirft, in dessen Preisen infolgedessen nur Kapitalrente und Lohn stecken. Diese Frage ist durch die gewaltsamen Lohnerhöhungen der Nachkriegszeit bedeutsam geworden. Dabei wurde der Lohn nicht nach der wirtschaftlichen Leistung, sondern nach den Kosten einer auf den reichversorgten Markt der Vorkriegszeit zugeschnittenen Lebenshaltung bemessen, also willkürlich Monopollöhne festgesetzt. Zunächst steht fest, daß aus dem erhöhten Lohn zum alten Preise nur noch solche Waren gekauft werden können, die noch vor der Lohnerhöhung zu niedrigen Selbstkosten fertiggestellt wurden. In allen nach der Lohnerhöhung erzeugten

Waren stecken auch die höheren Löhne als Selbstkosten und wenn nicht mindestens diese in Gestalt höherer Preise an den Unternehmer zurückfließen, erleidet er Verluste, die auf die Dauer seinen Betrieb zum Zusammenbruch führen. Das Ausscheiden der schwächsten Betriebe würde das Angebot mindern und schließlich die Preise auf einen Stand bringen, der Unternehmerverluste verhindert. Auf die Dauer müssen also die Verbraucher, darunter auch die Arbeiter, den höheren Lohn in Gestalt von höheren Preisen tragen. Jede Lohnerhöhung bedingt also Preiserhöhung. Wäre es nun aber möglich den Lohn allein zu vervielfachen ohne die Kapitalrente zu erhöhen, so würde doch den Lohnempfängern ein Vorteil zufallen. Sie würden etwa, wenn vom früheren Volkseinkommen die Arbeiter einerseits, Unternehmer und Kapitalisten andererseits je die Hälfte erhielten, für dreifachen Geldlohn jetzt drei Viertel, die Kapitalisten und Unternehmer jetzt für ein Viertel des Gesamteinkommens nur ein Viertel der Gesamterzeugnisse erhalten. So hat sich ungefähr die Sachlage für die Inhaber von Papierkapital mit festem Zins und Nennwert entwickelt. Sie erhalten jetzt den gleichen Zins in entwertetem Gelde wie früher in zehnfach kaufkräftigerem. Anders dagegen die Besitzer von Realkapital. Mögen sie auch kurze Zeit mit Verlust arbeiten, auf die Dauer vermögen sie ihre Betriebe nur aufrecht zu erhalten, wenn ihr Anteil am Warenpreise der gleiche wird wie früher. Erzwungen wird das selbsttätig durch die höheren Preise, die für Ersatz und Neuanschaffung von Anlagen infolge der gesteigerten Löhne zu zahlen sind. Solche Anschaffungen erfolgen nur, wenn auf den höheren Kostenpreis mindestens der Zins herausgewirtschaftet wird. Solange die Rente aus

alten Anlagen niedriger bleibt als es dem Preise der neuen entspricht, kann man sie nicht ersetzen. Je mehr Anlagen, Maschinen u. a. aber unbenutzbar werden, desto geringer wird das erzeugte Warenquantum und schließlich muß dann der Preis doch so hoch werden, um den Besitzern der Anlagegüter ihren vollen Anteil am Warenpreis zu sichern.

Auch die Kapitalisten könnten nicht auf die Dauer in willkürlicher Weise ihren Anteil am Warenpreise erhöhen. Verdreifachten sie ihn etwa in diktatorischer Weise, bei gleichbleibenden Löhnen, so würde ihnen selbst der Hauptvorteil durch steigende Selbstkosten und steigende Preise entzogen, aber auch die zurückgedrängten Lohnempfänger würden allmählich wieder ihren vollen Anteil erhalten, denn Verteuerung des Kapitals zwänge den Unternehmer zum allmählichen Ausscheiden aller Anlagen, deren Nutzen geringer wäre als die hochgeschraubte Rente und gleichzeitig würde vielfach die Handarbeit, weil sie dann billiger und nutzbringender ist, an Stelle der Maschine treten.

Der Anteil des Unternehmergewinnes muß auf die Dauer durchschnittlich immer gleichbleiben, einmal, weil er ja nur der Überschuß über die aus Lohn und Rente zusammengesetzten Selbstkosten ist und mit diesen im gleichen Verhältnis wächst, dann, weil nur ein angemessener Anteil am Gesamtpreis die Gütererzeugung im Gang erhalten kann. Das Ganze zeigt, wie zwecklos und unüberlegt es ist, wenn eine der drei an der Gütererzeugung beteiligten Klassen mit Gewaltmaßnahmen ihren Anteil am Erlös der erzeugten Waren vermehren will. Den regelt in der freien Wirtschaft der freie Markt und er läßt seine Gesetze auf die Dauer nicht ohne Nachteil für die Gesamtheit unterdrücken.

Die Kehrseite der freien Wirtschaft

Wie kommt es nun, daß ein Gebilde wie die freie Wirtschaft, in der Naturgesetze von auf die Dauer unabänderlicher Wirkung den Kampf aller gegen alle um den höchsten Nutzen letzten Endes so regeln, daß die denkbar höchste Bedürfnisbefriedigung aller Beteiligten nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Leistung erzielt wird, doch so vieler ernsthafter, zum Teil erbitterter Kritik begegnet? Der Hauptgrund liegt wohl in der ungleichmäßigen und nicht immer gerechten Einkommensverteilung. Wirtschaftlich gerecht ist sie, soweit sie wirtschaftliche Leistungen lohnt und so wird man dem tatkräftigen Unternehmer, dessen Kenntnisse und Erfahrung erst die vorteilhaftesten Wege der Gütererzeugung öffnen, auch einen reichlichen Anteil am Erzeugnis, ein Einkommen, das ihm gehobene Lebensführung gestattet, zubilligen müssen, soll überhaupt ein Anreiz zu solcher Leistung vorhanden sein. Man wird auch dem Sparer, der einen Teil seines Einkommens nicht aufzehrt, sondern für die weitere Kapitalbildung, zur Anschaffung neuer Maschinen, dem Bau neuer Gebäude u. a. zur Verfügung stellt, dafür eine besondere Vergütung in Gestalt des Zinses gewähren müssen.

Das Hauptübel der heutigen Wirtschaft liegt darin, Rentner zu schaffen, die ein ganzes Leben nur unproduktiv als Schmarotzer der Wirtschaft verbringen können, die selbst niemals wirtschaftlich etwas geleistet haben. Diese Klasse aber, die eigentlichen Nutznießer des Kapitalismus, Söhne und Enkel hervorragender Unternehmer, die nur von den Zinsen des ererbten Kapitals leben, zu beseitigen, bedarf es nur einer scharfen Ausgestaltung der Erbschaftssteuer, nicht

des völligen Umsturzes der freien Wirtschaft. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Streben nach Versorgung der eigenen Familienangehörigen auch nach dem Tode des Ernährers gerechte Berücksichtigung finde, weil sonst dem Sparen eine Grundlage genommen wird und der erfolgreiche Unternehmer am Lebensabend leicht das vergeudet, was er vorher erwarb. Keinesfalls ist es wirtschaftlich berechtigt, wenn etwa durch dauernde Bindung von Grund und Boden in Form der Majorate auch die wirtschaftlich untüchtigsten Generationen in ihrem Besitz und Einfluß geschützt werden. Dem läßt sich leicht abhelfen, indem solche Gesetzesvorschriften beseitigt werden. Auch da, wo besonders hohe Unternehmereinkommen erzielt werden, die auf eigener Leistung beruhen, kann scharfe Besteuerung ausgleichend wirken, indessen darf sie nie den Ansporn zu weiterem Erwerb unterdrücken. Die Erfahrung zeigt übrigens, daß gerade die erfolgreichsten Unternehmer ihre hohen Einkommen weniger dem Verbrauch als dem weiteren Ausbau ihrer Unternehmungen widmen. Eine besondere Schwierigkeit entsteht, wenn der Staat durch hohe Erbschaftsbesteuerung in den Besitz von Unternehmungen gelangt, dann besteht die Gefahr ihrer Bürokratisierung, wenn uninteressierte Staatsbeamte etwa die Verwaltung leiten sollten. Man muß solchen Besitz möglichst bald wieder dem selbständigen Unternehmer, der freien Wirtschaft, allenfalls in Form des am Gewinn stark beteiligten Direktors, zurückgeben.

Ein weiterer Nachteil der freien Wirtschaft wird häufig darin gesehen, daß sie die Lohnempfänger sehr ungleichmäßig bedenkt. Es gibt Unternehmungen, insbesondere in der Heimindustrie, die dauernd außerordentlich niedrige Löhne

zahlen. Prüft man die Sachlage, so stellt sich in der Regel heraus, daß auch die Verkaufspreise ihrer Erzeugnisse sehr niedrig zu sein pflegen. Wollte man sie erhöhen, um daraus höheren Lohn zu bewilligen, so würden nur noch geringere Mengen Absatz finden und ein Teil der Arbeiter arbeitslos werden. Hauptursache dieser Erscheinung ist wohl das unwirtschaftliche Denken der durch andere wirtschaftliche und gefühlsmäßige Einflüsse an die Heimat gebundenen Arbeiter. Würden sie ihre Arbeitskraft an den Stellen anbieten, wo jeweils der stärkste Bedarf vorliegt, so flösse ihnen auch ein höherer Lohn zu. Wollte etwa ein Staat von sich aus erhöhte Löhne zahlen, ohne ihren wirtschaftlichen Nutzen und die Marktlage zu berücksichtigen, so würde manche Arbeitskraft an Stellen vergeudet werden, wo sie der Gesamtheit wenig Nutzen bringt. Wohl aber ist er oder gewerkschaftliche Vereinigungen berufen, da belehrend und fördernd einzugreifen, wo der Mangel an wirtschaftlichem Denken der Arbeiterklasse einen Teil des gerechten Lohnanteils entzieht.

Auch die Frage der Arbeitslosen-, Invaliden- und Krankenversorgung bedarf fast immer der staatlichen Regelung, die besonders den höheren Einkommen Beiträge entnimmt, um sie den Bedürftigen und Schwachen zuzuführen. Nicht aber verträgt es sich mit den Grundsätzen der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit zu einem Beruf zu machen, der seinen Mann ernährt, die arbeitende Gesamtheit hat daraus zweifachen Schaden, einmal in der Minderung ihrer Einkommen durch Steuern, zum anderen durch verminderte Gütererzeugung. Quelle vielfach sehr berechtigter Unzufriedenheit ist das rein menschliche Verhältnis zwischen Unternehmer

und Lohnempfänger. Letzterer fühlt sich, seine Person, gar zu oft allein als Ware, die man kauft, gewertet. Wo nicht soziales Empfinden den Unternehmer zu anderem Vorgehen veranlaßt, wird eine Änderung dauernd nur möglich sein, wenn der Lohnempfänger seinerseits durch Erziehung und politische Ausgestaltung des Staates als vollbewußte Persönlichkeit auftritt, wenn er durch Zusammenschluß zur maßvollen, gerechten Wahrung seiner Interessen, seiner Stimme auch in der Wirtschaft das Gewicht verschafft, das ihr zukommt.

Sozialismus und Kommunismus

Sozialismus wie Kommunismus gehen von der Grundanschauung aus, daß Kapitalisten wie Unternehmer in Zins und Unternehmergewinn Einkommen beziehen, die einen Raub am Arbeiter darstellen. Marx sagt, diese beiden Klassen entzögen dem Lohnempfänger einen Teil der allein durch ihn erzeugten Werte, den sogenannten Mehrwert. Das Heilmittel dagegen sehen die Sozialisten in der Vergesellschaftung, Verstaatlichung, Verstadtlichung oder dem genossenschaftlichen Betrieb aller Unternehmungen. Den Verbrauch wollen sie freibeweglich lassen, während die Kommunisten auch ihn bis ins einzelne zu regeln beabsichtigen. Beide Parteien versprechen ihren Anhängern eine erhöhte Produktivität, die aus solchen Maßnahmen erblühen soll. Beide erwarten von der Verstaatlichung, daß danach auch die nicht mehr kapitalistisch ausgebeuteten Menschen nicht mehr des möglichst hohen Lohnes oder Gewinnes wegen nach einer Höchstleistung streben, sondern aus idealem Staatsinteresse, aus dem Gefühl der Nächstenliebe. Es mag heute schon Menschen

geben, die solcher Denkart fähig sind, und eine zielbewußte Erziehung kann vielleicht ihre Zahl sehr vermehren, aber alle Menschen soweit zu heben, sie alle dauernd dahin zu bringen, scheint ausgeschlossen, ist es doch immer leicht, Ideale zu schaffen, schwer aber, ja unmöglich, sie zu erreichen. Wenn nur ein kleiner Teil der Beteiligten im idealen, sozialistischen Staate seinem Eigennutz fröhnt, möglichst wenig gegen möglichst hohen Lohn arbeitet und so auf Kosten der anderen schmarotzt, entzündet sich daran sehr bald die Konkurrenz um die größte Trägheit.

Wenn niemand mehr einen besonderen Lohn für besondere Leistung sieht, wieviele werden dann noch mehr leisten wollen als die anderen gleich Entlohnten. Daß die Gegenwart keinesfalls reif ist für solche Ideen, zeigen die verheerenden Streiks um höheren Lohn mit erschreckender Deutlichkeit, die vielfach in bereits verstaatlichten Betrieben besonders schroffe Formen annahmen. Erst wenn wir von Streiks hören, die entbrennen, weil die Arbeitenden *nicht genug* im Dienste der Gesamtheit leisten dürfen, weil man ihre Arbeitszeit *beschränkt*, erst dann ist die Zeit des Sozialismus und Kommunismus gekommen.

Beide, Sozialismus wie Kommunismus, nehmen in ihrem Haß gegen Kapitalist und Unternehmer der heutigen Wirtschaft die treibende Kraft, den Eigennutz der Wirtschaftenden, und versuchen sie durch ein wohl nie erreichbares, jetzt sicherlich noch in weiter Ferne liegendes Ideal zu ersetzen. In Wirklichkeit vernichten sie dadurch den Antrieb zum dauernden Vorwärtsstreben der Wirtschaft. Ihre Theorie von der Ausbeutung der Arbeitenden durch den Kapitalismus wird zwar viel geglaubt, ist aber trotzdem falsch. Wer wagt etwa von Ausbeutung zu reden, wenn Kapitalisten

gegen ein Entgelt, das vielleicht dem Jahreslohn des Arbeiters entspricht, diesem eine Maschine zur Verfügung stellen, die seine Leistungsfähigkeit verzehnfacht. Wer glaubt, daß dann Kapitalist und Unternehmer allein den überschießenden achtfachen Lohn für sich behalten können. Selbst wenn sie es wollten, würde der Geldgeber sich mit dem gewöhnlichen Zins begnügen müssen, und der Unternehmer würde sehr bald in Konkurrenz mit seinen Klassengenossen gezwungen sein, den Hauptteil in Form höherer Löhne oder niedrigerer Preise an die Gesamtheit der Verbraucher, also auch die Arbeiter abzutreten.

Weder Sozialismus noch Kommunismus können das Kapital vernichten, wollen sie nicht durch Beseitigung aller Geräte, Maschinen, Fabriken, Gebäude, die Menschheit auf eine Stufe zurückwerfen, die gar nicht ausdenkbar ist. Die Sozialisten wollen gegen Entschädigung alle Unternehmungen verstaatlichen, also müssen sie auch den früheren Besitzern Zins zahlen. Sie müssen weiter die Spargroschen der dann Arbeitenden in Anspruch nehmen, um neue Fabriken, neue Maschinen zu bauen und auch dafür Zins entrichten. Ist das nicht Kapitalismus? Die Kommunisten gedenken es sich leichter zu machen, sie wollen allen Besitz ohne Entschädigung enteignen. Hätten sie die Wirtschaft von unten aufzubauen, so wäre ihnen auch die Schöpfung allen Realkapitals zugefallen, so erwerben sie es durch Raub, aber auch danach müssen sie jährlich eine große Anzahl Arbeiter beschäftigen, die an Stelle von Verbrauchsgütern Ersatz und Neuanlagen von Maschinen, Fabriken u. a. herstellen. Also wird auch hier den Arbeitenden nur ein Teil des Gesamterzeugnisses zum Verbrauch zugeführt werden können,

und wer entscheidet darüber, daß gerade die geeignetsten und wirtschaftlichsten Anlagen erzeugt werden? Ein am Erfolg nicht interessierter Staatsbeamter. Die Gesamtheit muß dann auch Anlagen bezahlen, die unwirtschaftlich sind, während solche in der freien Wirtschaft durch eintretende Entwertung unbezahlt bleiben.

Der Unternehmer wird im sozialistischen wie kommunistischen Staate durch Beamte ersetzt. Einsichtsvollere Sozialisten sprechen indessen bereits davon, ihre Selbständigkeit möglichst weitgehend zu gestalten und ihnen, um ihr Interesse an der Erzielung höchster Produktivität zu heben, auch starke Gewinnanteile zu überlassen. Das sieht nicht danach aus, als ob der Sozialismus den Unternehmergewinn beseitigen wollte oder könnte, im Gegenteil, er will selbst, wie bisher die Aktionäre, den Rest desselben für sich in Anspruch nehmen. Diesen Rest aber, aus dem natürlich auch die Verluste zu decken wären, könnte der Staat der freien Wirtschaft auf viel einfachere Weise durch Steuern an sich ziehen. Auch im kommunistischen Staatswesen wird die vollkommene Ausschaltung des Unternehmerspürsinns auf die Dauer nicht möglich sein, ohne die Erzeugungskraft der Betriebe zu verschlechtern. In Rußland scheint man das bereits eingesehen zu haben, nachdem die Gütererzeugung einen ganz außerordentlichen Rückgang erfahren hatte.

Die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen ist in den drei Formen der Wirtschaft ganz verschieden gewahrt. Der Kommunismus ist im Grunde verewigter und verbreiterter Militarismus, der jedem Staatsbürger seinen Anteil an Gütern bis ins einzelne zumißt, der ihm durch Staatsbeamte jede beliebige Arbeit zuweisen läßt. Denn das Programm der

Auswahl der Geeignetsten wird sehr bald an der Allmacht einer einseitig beeinflußten Bürokratie scheitern. Es bleibt nur wenig Unterschied gegenüber dem Zuchthaus mit Arbeitszwang und vorgeschriebener Kost. Der Sozialismus würde wenigstens die Freiheit des Güterverbrauchs aus möglichst gleichen Einkommen belassen, aber ohne Arbeitszwang ist er schwer denkbar. Ein Aufstieg des Einzelnen auf Grund besonderer Leistung ist bei beiden abhängig von dem Urteil einer doch sicherlich nicht von menschlichen Schwächen freien Bürokratie. Das alles vermeidet die freie Wirtschaft, sie wertet jeden nach der Leistung und sichert dem Tüchtigen die freieste Bahn, insbesondere wenn eine demokratische Staatsgesinnung die vielen Hemmnisse aus früheren Zeiten, die Standesbevorzugungen beseitigt hat.

Das Gleichgewicht in der Wirtschaft der Zukunft

Der Krieg hat unsere Wirtschaft aus dem Gleichgewicht geworfen und zahlreiche Wirtschaftsdilettanten aller Parteien haben die Verwirrungen vermehrt. Die plötzliche und starke Nachfrage nach Kriegsmaterial zwang zur Umstellung der Erzeugung und ließ dem privaten Verbraucher nur einen beschränkten Teil der Erzeugnisse übrig, den bald Mangel an neuen Zufuhren und immer weiter gehende Einziehung der Arbeitenden zum Militärdienst noch verminderten. Ungleichmäßige Beschäftigung der Betriebe verringerte ihre Erzeugungskraft. Um auch den Inhabern kleinerer Einkommen wenigstens eine Mindestmenge der unentbehrlichsten Güter zu sichern, griff man zur Rationierung und zur Einführung von Höchstpreisen. Mit zunehmender Knappheit entwickelte

sich daraus ein Irrgarten von Verordnungen, in dem sich kaum noch die eigenen Schöpfer hindurchfanden. Die Achtung vor den Gesetzen schwand mit ihrer überwältigenden Vermehrung sehr bald, hauptsächlich auch, weil ihr Inhalt vielfach den Naturgesetzen der Wirtschaft zuwiderlief. Die Niederhaltung der Preise für die rationierten Mengen mußte die Nachfrage für überschüssige Mengen seitens der Inhaber der durch Kriegsgewinne noch gewaltig vermehrten großen Einkommen außerordentlich heben. Sie schätzten den Nutzen weiterer zusätzlicher Mengen eben sehr hoch ein, weil ihnen das ihr Einkommen gestattete. Das mußte so sein und hat dann die hohen Schleichhandelspreise ermöglicht. Der Schleichhandel wurde damit bald zur allmählich unentbehrlichen, amtlich geduldeten Einrichtung. Eine tiefgreifende Ausgleichung der Einkommen durch hohe Steuern allein hätte dem abhelfen können, dann wären auch Rationierung und Höchstpreispolitik unnötig gewesen, denn aus wenig verschiedenen Einkommen hätten ihre Inhaber auch nur wenig abweichende Mengen von Gütern kaufen können, die Steigerung der Preise wäre geringer geblieben, die Kriegskosten hätten mehr aus Steuern als aus Anleihen bestritten werden können.

Was im Kriege entschuldbar und erträglich war, ist es nicht auf die Dauer. Das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte muß möglichst bald, wenn auch allmählich wieder hergestellt werden, damit die Gütererzeugung den denkbar höchsten Stand erreicht. Solange man den Preis der lebenswichtigen, insbesondere der landwirtschaftlichen Erzeugnisse weit unter der Schätzung erhält, die sie seitens der Konsumenten finden, wird einerseits der Schleichhandel

blühen, andererseits auch die Erzeugung solcher Güter beschränkt. Ist doch die Gesamterzeugung der deutschen Landwirtschaft während des Krieges auf nahezu die Hälfte der Friedensmenge gesunken. Wie soll sie vermehrt werden, wenn Löhne und die Preise von Dünger, Vieh, Geräten sich vervielfachen, ohne dem Erzeuger genügendes Entgelt in höherem Preis der Erzeugnisse zu bieten? Die Arbeiterklasse wird sich auch, wenn der Grad der Erzeugungskraft der deutschen Wirtschaft nicht noch weiter abnehmen soll, zu der Erkenntnis durchringen müssen, daß es den Grundgesetzen der Wirtschaft widerspricht, einseitig die Löhne in monopolistischer Weise zu erhöhen und die Preise gewisser Erzeugnisse künstlich niedrig zu halten. Ließe man der Preisentwicklung völlig freien Lauf, so würden landwirtschaftliche Erzeugnisse binnen kurzem um das zwei- bis dreifache verteuert, aber damit auch Arbeiter und Kapital zu erhöhter Erzeugung in ihre Betriebe gezogen. Übermäßige Gewinne könnten durch Steuern erfaßt werden, und der Übergang wäre durch stufenweise, aber doch energische Höherersetzung der Höchstpreise zu mildern.

Viel Unheil hat die starre Einführung des Achtstundentages, eines wesentlichen Teiles des sozialistischen Programmes, geschaffen. Arbeitsbeschränkung ist wirtschaftlich berechtigt, wenn trotzdem vom einzelnen Arbeiter das gleiche geleistet oder wenn bei Arbeitsmangel die Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitern ermöglicht wird. Letzteres ist vielfach der Fall gewesen, ersteres nie, hauptsächlich infolge der zeitweiligen Abschaffung der Akkordarbeit, die allein den Fleißigen nach der Leistung lohnt. Äußerst nachteilig wirkt die Beschränkung der Arbeitszeit da, wo Wohnungsmangel u. a. die Zuführung weiterer Arbeiter verhindern. Immer wieder zeigt sich, daß alles Plötzliche, Willkürliche in der Wirtschaft nur Schaden stiftet. Die organische, zielbewußte Entwicklung in Anpassung an die wirtschaftlichen Grundgesetze allein kann zu höchster Leistung und höchstem Nutzen führen.

Nur so kann auch dem allgemeinen Verlangen nach Abbau der Preise Rechnung getragen werden. Dahin führen zwei Wege, entweder die Minderung der Einkommen oder die Vermehrung der Gütererzeugung. Das Gegenteil bewirkt willkürliche Vermehrung der Einkommen in Gestalt erzwungener Lohnerhöhungen. Der erste Weg würde ein dornenvoller sein, an dessen Rande viele vernichtete Existenzen liegen müßten, denn wie bei der bisherigen Entwicklung der Erzeuger von Waren beim Verkauf dauernd Nachfrage vorfand, die außer den Zuflüssen aus der Produktion selbst: Lohn, Rente, Unternehmergewinn noch künstliches Einkommen aus willkürlicher Geldschöpfung darstellte, so daß er immer auf hohen Gewinn rechnen konnte, würde bei einem Abbau der Einkommen durch allmähliche Beseitigung der künstlichen Teile fast immer weniger als die Selbstkosten erzielt werden, und die meisten Betriebe könnten solcher Entwicklung nicht auf die Dauer standhalten. Deshalb ist der zweite Weg der allein richtige. Bei Unterlassung jeder weiteren künstlichen Einkommensschöpfung muß die Gütererzeugung vermehrt werden. So schwierig das auch angesichts des Rohstoffmangels in vielen Industriezweigen scheint, es wird gelingen, wenn man zielbewußt mit eiserner Energie dahin strebt. Freilich die seelische Verwirrung der Geister muß sich legen, daß Volk muß einsehen, daß nicht der

Mann am meisten leistet, der am leichtsinnigsten verspricht, und die Sozialdemokratie wird sich aus der Zwickmühle, in die ein schönes und bestechendes Wirtschaftsprogramm in einer Zeit sie bringt, die zu seiner Durchführung die allerungeeignetste ist, erst herausarbeiten müssen. Sie wird mehr demokratisch als sozialistisch sein müssen und wird vielleicht im weiteren Verlauf der Entwicklung einsehen, daß erst durch Kapital die Wirtschaft zu höchster Blüte gelangt, daß also auch seinen Schöpfern und Leitern eine Vergütung zukommt, und daß die Kapitalisten, soweit sie reine Schmarotzer der Wirtschaft sind, durch scharfe Steuern beseitigt werden können, ohne durch gewaltsame Sozialisierung und Bürokratisierung der freien Wirtschaft das Kapital selbst unfruchtbarer zu machen und seine Nutznießer, darunter alle Lohnempfänger, dauernd zu benachteiligen.

* * *

Von diesem Band der Zellenbücherei erschien eine Luxusausgabe auf feinstem Büttenersatz, numeriert und vom Autor gezeichnet. Preis ausschließlich Luxussteuer Mk. 27.50

Zellenbücherei

I. Kulturelle Reihe

Wissenschaft, Literatur und Kunst

	Band
Wilh. Ostwald, Das große Elixier / Die Wissenschaftslehre	1
Raoul Francé, Der Weg der Kultur	2
Annie Harrar, Rasse. Menschen von gestern und morgen	45
Rudolf Mühlhausen, Es führen viele Wege nach Rom	4
Franz Carl Endres, Vaterland und Menschheit	19
Fritz Mauthner, Muttersprache und Vaterland	38
Albrecht Wirth, Das Auf und Ab der Völker	23
Max Glass, Du und das Bild	35
Wilhelm Spickernagel, Hermann Löns und unsere Zeit	33
Otto Ernst, Der wildgewordene Pädagoge	3

Die Stundenreihe

Horst Schöttler, Weltgeschichte in einer Stunde	11
Klabund, Deutsche Literaturgeschichte in einer Stunde	12
F. Schmidt, Grundlagen der Volkswirtschaft in einer Stunde	24
Lassar-Cohn, Chemie in einer Stunde	46

Naturwissenschaften

Th. Zell, Moral in der Tierwelt	37
Karl Soffel, Schwester Pflanze	40
Bruno H. Bürgel, Du und das Weltall	31
Ludwig Staby, Der Segen des Meeres	5

Auslandsreihe

Ernst Zahn, Schweizer	6
Ernst v. Wolzogen, Engländer	7
Liesbet Dill, Das verlorene Land. Ein Buch über Lothringen und Lothringer	10
Karl Lahm, Franzosen	26
Karl Hans Strobl, Tschechen	32
Hans Ludwig Rosegger, O du mein Österreich	47

Preis eines jeden Bandes in Künstlerpappband M. 6.50

Vorrätig in allen größeren Buchhandlungen

Erwin Rosen, Amerikaner 8
Victor Ottmann, Mexikaner 9
Eduard Erkes, Chinesen 30
Heinz Udo Brachvogel, Die Silberrepublik. Ein Buch über Argentinien 27

II. Schöngeistige Reihe

Novellen, Ethik, Humor

Alice Berend, Einfache Herzen 14
Luisa v. Haber, Unsere Wahlkinder 15
A. v. Gleichen-Rußwurm, Narrenweisheit 29
Horst Schöttler, Heidenbibel 49
Klabund, Heiligenlegenden 48

Menschen und Stände

Valerian Tornius, Die Dame 43
Karl Ettlinger (Karlchen), Das Verhältnis 34
A. v. Gleichen-Rußwurm, Ersatzmenschen 44
Franz Adam Beyerlein, Der Philister 13
Erwin Rosen, Spieler 41
Fr. Nagler, Ein lustiger Musikante 16

III. Wirtschaftlich-politische Reihe

Politik

Gustav Herrmann, Die Kunst der politischen Rede
I. Geschichtliche Grundlagen 17
II. Praktische Anleitung 18
Paul Lensch, Die politische Kinderstube 28
Otto Ebstein, Auslandspolitik 21
Carry Brachvogel, Eva in der Politik 20

Volkswirtschaft und Rechtsleben

Georg Obst, Plaudereien eines Bankdirektors. Ratschläge für Kapitalanlage und Vermögensverwaltung 22
Hans Lieske, Rechtsunterricht für den Hausbedarf 25
— Du und das Strafrecht 39

Preis eines jeden Bandes in Künstlerpappband M. 6.50

Vorrätig in allen größeren Buchhandlungen

330 Sch53
Schmidt
Grundlagen der volkswirtschaft
OCT 13 1930
M C Cahill

MSH 33343
MAR 21 1928





END OF
TITLE